Breslauer Zeitung

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 287. Sonnabend den 8. Dezember. 1849.

Breslau, 7. Dezember.

Als wir unser Wort an die „preußische Partei' richteten, um deren Interesse und Theilnahme für die deutsche Frage neu zu beleben und erwärmen, kannten wir eine Flugschrift noch nicht, welche wir jetzt zur Beachtung und zur Beherzigung jener Partei auf das dringendste empfehlen. Sie ist von keinem Freunde, vielmehr von einem der bittersten Gegner Preußens geschrieben. Der Haß aber sieht in der Regel scharf, oft schärfer noch als die Liebe, und es ist eine alte Erfahrung des Krieges, wie viel Vortheil es bringt, die Gedanken des Gegners zu kennen.

Die kleine Schrift, von welcher wir reden, führt den Titel: „Die Aufgabe der Opposition in unserer Zeit" und ist von Karl Vogt geschrieben, demselben, der im Frankfurter Parlament einer der talentvollsten und einflußreichsten Führer der Linken war. Ihr Grundgedanke ist einfach und klar. Alle Hoffnungen der Demokratie für die Zukunft, gesteht Vogt hier ein, können nur auf dem Pessimismus beruhen. Je schlechter und trostloser für die Interessen der Einheit und Freiheit sich die deutschen Zustände gestalten, desto rascher und reicher wird der Weizen der Demokratie blühen. Gelingt es dagegen den Regierungen, diese Zustände auch nur erträglich zu machen, befriedigen sie das Interesse an nationaler Einheit und politischer Freiheit auch nur auf sehr nothdürftige Weise, so entziehen sie der Demokratie hiermit den besten Boden für deren Saat und nöthigen sie, ihre Hoffnung auf neue Siege in immer weitere unabsehbare Ferne zu schieben.

Dies sind die Hauptsätze, auf welche Vogt die Aufgabe basirt, welche er der Opposition, d. h. der Demokratie stellt. Sie ist mit einem Worte keine andere, als mit allem Eifer, mit Aufbietung aller Kräfte es zu verhindern, daß irgend Etwas zu Stande komme, was die Einheit und Freiheit Deutschlands irgendwie fördern könnte. Die einzig mögliche Rettung der vorhandenen Freiheiten, — sagt der Verfasser wörtlich, — liegt jetzt im Partikularismus. Alle Bestrebungen der Regierungen in jener Richtung müssen daher zurückgewiesen werden, und käme es wirklich zum Ausschreiben von Wahlen für einen neuen Reichstag, so darf von der Demokratie unter keiner Bedingung gewählt werden. — „Durch alle ihre Organe müßte die Opposition zum Voraus erklären, „daß sie in keine Maßregeln willigen werde, welche von einem solchen Reichstage beschlossen wird." Und dies gilt nicht nur in Betreff des Dreikönigsbündnisses, es gilt auch von jeder Veränderung des alten Bundesvertrages. **„Die Aufgabe hinsichtlich der deutschen Einheit — sagt Vogt — besteht einfach in der Zurückweisung eines jeden Vorschlages, welcher von den Regierungen gemacht werden könnte, in der Nichtbetheiligung an einer jeden Handlung, welche zur Verwirklichung eines solchen Vorschlages führen könnte, und in dem unabänderlichen Festhalten der deutschen Grundrechte, welche von der National-Versammlung festgestellt wurden."**

Und was hofft dieser Führer von einem solchen Verhalten seiner Partei für die Ziele, welche sie erstrebt? „Das Bedürfniß, sagt er, einer wahren Einheit wird durch die momentane Zerrissenheit nur mehr und mehr genährt und geweckt werden; und wenn es endlich sich Bahn bricht, so wird die Parole nicht, wie März 1848, Einheit mit den Fürsten, sondern Einheit ohne die Fürsten sein." — — „Eine neue Erhebung des Volkes wird und muß kommen, — und sie wird hoffentlich, gegenüber der Verbrüderung des Despotismus in allen Staaten, sich erinnern, daß auch die Freiheitspartei aller Länder sich innig verketten und verbrüdern muß, wenn sie die gemeinsamen Ketten sprengen soll, welche das Jahr 1848 schüttelte, das Jahr 1849 aber nur um so fester anzog. Stemmen wir uns, damit sie springen!"

Man sieht, die Berechnungen dieser Partei sind wiederum nur auf neue Revolutionen gebaut. Nur durch diese vermag sie zu ihrem Ziele zu kommen, und sie begrüßt daher nicht nur jeden Schritt der Regierung auf der Bahn der Reaktion mit Jubel, sondern sieht in der Gegenwart keine andere Aufgabe vor sich, als auch ihrerseits diese Reaktion dadurch zu fördern, daß sie allen Bestrebungen verneinend und hemmend entgegentritt, deren Durchführung geeignet sein könnte, die Interessen Deutschlands zu befriedigen, und zu einer Versöhnung zwischen der Nation und ihren Fürsten zu führen.

Dies mögen alle wohl beherzigen, welche noch immer gleichgültig, lau oder feindlich sich zur „deutschen Einheit" verhalten. Von ihrem Gelingen oder Mißlingen hängt unsre Zukunft ab.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

I. Kammer. 82. Sitzung vom 6. Dezember.

Um 10¼ Uhr wird die Sitzung eröffnet. Am Ministertisch finden sich ein: Graf Brandenburg, v. Manteuffel, v. Ladenberg, Simons.

Der Abgeordnete Schneidewind erhält den nachgesuchten Urlaub.

Graf Itzenplitz stellt den Antrag: „Die Kammer wolle beschließen:

„einen Antrag an die Staatsregierung zu richten, des Inhalts:

„Den Kammern einen Gesetz-Entwurf zur Aufhebung der Grundsteuer-Befreiungen, gegen billige Entschädigung schleunigst und jeden Falles so früh vorzulegen, daß er noch in der gegenwärtigen Sitzungsperiode zur Erledigung kommen kann."

Der Antrag wird einer zu wählenden Kommission von 20 Mitgliedern überwiesen. Ein Unter-Amendement v. Bockum-Dolffs, in Betreff der Zusammensetzung der Kommission, wird abgelehnt.

Man geht zur Tages-Ordnung: Der Fortsetzung der Berathung über die Gemeinde-Ordnung über und fährt beim Alinea des § 4 fort.

Von der Kommission ist ein Zusatz empfohlen, von v. Bernuth ein Amendement gestellt, beide werden verworfen.

Der folgende Satz, welcher in beiden Entwürfen gleich lautet:

„Als selbstständig wird nach vollendetem 25. Lebensjahre ein Jeder betrachtet, der einen eigenen Hausstand hat, sofern ihm nicht die eigene Vermögensverwaltung durch richterliches Erkenntniß entzogen ist."

Kisker warnt vor dieser Definition, welche hier so allgemein gefaßt sei, daß sie auch über die Grenzen dieses Gesetzes hinaus mißbräuchlich angewendet werden könne. Die frühere Selbstständigkeit habe durchaus nicht den eigenen Heerd verlangt, während die jetzige Definition eine Menge, z. B. unverheiratheter Beamter, welche in großen Städten es der Bequemlichkeit vorzögen, statt eigenen Haushaltes sich nach öffentlichen Anstalten zu begeben (große Heiterkeit) als unselbstständig hinstelle.

Der Satz wird angenommen, eben so der folgende ohne weitere Debatte, welcher lautet:

„Zu den unbesoldeten Stellen in der Gemeindeverwaltung, so wie zur Gemeindevertretung können nur solche Einwohner des Gemeindebezirks, welche Gemeindewähler sind, gewählt werden."

Die Schlußsätze werden nach kurzer Debatte angenommen. Der erste Schlußsatz ist gleichlautend mit Alinea 3 des Regierungs-Entwurfs, der zweite aber lautet:

„Wahlrecht und Wählbarkeit ruhen so lange, als der dazu Berechtigte sich in gerichtlicher Haft oder in Kriminaluntersuchung oder in Konkurs befindet."

§ 5 wird nach kurzer Debatte angenommen und lautet Alinea 1 nach dem Kommissions-Vorschlage (Alinea 2 ist gleichlautend mit dem Reg.-Entwurfe):

„Wer in einer Gemeinde seit einem Jahr mehr als einer der 3 höchstbesteuerten Einwohner an direkten Staats- und Gemeinde-Abgaben entrichtet, ist, auch ohne in der Gemeinde zu wohnen, oder sich daselbst aufzuhalten, berechtigt, an den Wahlen Theil zu nehmen, falls bei ihm die übrigen Erfordernisse, um Gemeindewähler zu sein, vorhanden sind."

Zu § 6 hat die Kommission den Zusatz gemacht: „Die Gemeinden sind Korporationen", welcher sammt dem § 6 der Reg.-Vorlage angenommen wird.

Zu § 7 sind von Möwes, Triest, Stünzner und Graf Pückler Verbesserungs-Anträge gestellt. — Möwes meint, daß der Gemeinde-Vorstand nicht genügend gegen demokratische Einflüsse verwahrt sei. — Der Minister des Innern entgegnet; er werde es der Kammer danken, wenn sie demokratische Prinzipien, wären dieselben gegen den Willen der Regierung in den Entwurf gekommen, entferne. Nach § 47 ist dem Gemeinde-Vorstande die volle Macht des Einschreitens gegeben; und es würde überhaupt bedenklich sein, die Gemeinde als einen Mikrokosmus zu betrachten, der die Verhältnisse des Staats ohne Modification wiedergäbe.

Ein Amendement Hertefeld ruft eine längere Debatte hervor, dasselbe wird jedoch verworfen, die Amendements von Möwes und Triest werden gleichfalls abgelehnt und der erste Satz des Kommissionsvorschlages angenommen, welcher lautet:

„Die Gemeinden werden nach den näheren Bestimmungen dieses Gesetzes durch einen Gemeinderath vertreten und durch einen Gemeindevorstand verwaltet."

Zu dem zweiten Satze sind ebenfalls Amendements gestellt, von Graf Pückler, v. Vincke und Stünzner; das erstere wird zurückgezogen, das Amendement Stünzner und das von v. Vincke abgelehnt. Der zweite Satz des § 7 wird nach dem Kommissions-Antrage angenommen und lautet:

„Die mit den Lehn- und Erbschulzengütern verbundenen Rechte und Pflichten in Beziehung auf die Verwaltung des Schulzenamtes sind aufgehoben."

§ 7a wird ohne Debatte angenommen und lautet:

„Jede Gemeinde ist befugt, ihre besondere Verfassung in einem Gemeinde-Statut zu verzeichnen, welches alsdann die Grundlage dieser besondern Verfassung bildet."

„Gegenstände eines solchen Statuts sind:

1) Festsetzungen über solche Angelegenheiten, Rechte und Pflichten der Gemeinden und deren Mitglieder, hinsichtlich deren das gegenwärtige Gesetz Verschiedenheiten gestattet, oder keine ausdrücklichen Bestimmungen enthält:
2) Bestimmungen über sonstige eigenthümliche Verhältnisse und Einrichtungen."

„Das Gemeinde-Statut bedarf der Bestätigung des Bezirksrathes nach vorgängiger Begutachtung durch den Kreis-Ausschuß."

Man geht zu Titel II der Gem.-Ordnung, „von den Gemeinden, die mehr als 1500 Einwohner haben," über.

§ 8. Die Ueberschrift wird nach kurzer Debatte genehmigt, der § 8 ohne Diskussion nach dem Vorschlage der Kommission angenommen und lautet:

„Der Gemeinderath besteht aus 12 Mitgliedern (Gemeinde-Verordneten) in Gemeinden von weniger als 2500 Einwohnern,

aus	18	in	Gemeinden	von	2500— 5000	Einw.
„	24	„	„	„	5000— 10000	„
„	30	„	„	„	10001— 20000	„
„	36	„	„	„	20001— 30000	„
„	42	„	„	„	30001— 50000	„
„	48	„	„	„	50001— 70000	„
„	54	„	„	„	70001— 90000	„
„	60	„	„	„	90001—120000	„

In Gemeinden von mehr als 120000 Einwohnern treten für jede weiteren 50000 Einwohner 6 Gemeinde-Verordnete zu."

(Schluß 3 Uhr. Nächste Sitzung morgen 12 Uhr. Fortsetzung der heutigen Berathung.)

Berlin, 6. Dezbr. Des Königs Majestät haben am 3. d. M. im Schlosse Bellevue den zum königl. baierischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am hiesigen Hofe ernannten Freiherrn v. Malzen eine Privat-Audienz zu ertheilen und aus dessen Händen das Schreiben Sr. Maj. des Königs von Baiern, wodurch er in der gedachten Eigenschaft beglaubigt wird, entgegenzunehmen geruht.

Se. Hoheit der Prinz **Wilhelm** von Baden ist von Weimar hier angekommen.

Monats-Uebersicht der preußischen Bank, gemäß § 99 der Bankordnung vom 5. Oktober 1846.

Aktiva.		
1) Geprägtes Geld und Barren . .	20,406,900	Rtlr.
2) Kassen-Anweisungen und Darlehnskassenscheine	4,578,100	„
3) Wechsel-Bestände	10,428,200	„
4) Lombard-Bestände	9,940,000	„
5) Staats-Papiere, verschiedene Forderungen und Aktiva	13,202,900	„
Passiva.		
6) Banknoten im Umlauf	17,260,000	Rtlr.
7) Depositen-Kapitalien	22,838,900	„
8) Darlehne des Staats in Kassen-Anweisungen (nach Rückzahlung von 4,900,000 Rtl. cfr. § 29 der Bank-Ordnung vom 5. Oktober 1846)	1,100,000	„
9) Guthaben der Staatskassen, Institute und Privatpersonen, mit Einschluß des Giro-Verkehrs	4,609,800	„

Berlin, den 30. Nov. 1849.

Königl. preuß. Hauptbank-Direktorium.

(gez.) von Lamprecht. Witt. Reichenbach. Meyen. Schmidt. Woywod.

Dem Schlossermeister und Maschinenbauer Heinrich **Mann** zu Elberfeld ist unter dem 3. Dezember 1849 ein Patent auf eine Maschine zum Waschen von Garnen und gewebten Stoffen in der durch ein Modell nachgewiesenen Zusammensetzung, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des preußischen Staates ertheilt worden.

C. C. **Berlin**, 6. Dezbr. [Gestern fand eine öffentliche General-Versammlung des Berliner Vereins zur Centralisation deutscher Auswanderung und Colonisation] unter dem Vorsitze des Herrn Dr. Gaebler statt. Nachdem Letzterer den Monatsbericht über die Wirksamkeit des Verwaltungsrathes abgestattet hatte, aus welchem hervorging, daß die Theilnahme an dem Verein in erfreulichem Wachsthum begriffen, daß er mehrfach unterstützt, daß er von vielen Seiten, ja selbst von Galizien her, um Rath angegangen sei, und die Gründung ähnlicher Vereine in Hamburg, Bremen und Magdeburg vorbereitet habe, nachdem ferner Herr v. Bülow (Special-Direktor des Vereins) einige statistische Nachrichten über die bei dem Büreau des Vereins eingegangenen Anmeldungen mitgetheilt, und des Utechtschen Vereins in Pommern gedacht hatte, welcher sich, trotz der auf den Tod des General-Consul Walker und das Zugrundegehen der Kolonie Carlstadt basirten diesseitigen Abmahnungen, für Mosquitia entschieden habe, hielt Herr Dr. Lazari einen längern Vortrag über den Gesundheitszustand in Central-Amerika und insbesondere in der dortigen belgischen Niederlassung. Aus den genauen Zahlenangaben ging hervor, daß die Kolonie, so lange sie unter Leitung des Herrn von Bülow stand, sich eines guten Gesundheitszustandes erfreute, daß derselbe sodann durch die streng militairische Verwaltung des Herrn Majors . . ., welche auf die klimatischen Verschiedenheiten der Jahreszeiten keine Rücksicht nahm, bedeutend gelitten habe, und erst nach der Rückkehr des Herrn v. Bülow aus Europa durch dessen kräftige sanitätspolizeiliche Anordnungen wieder befriedigend geworden sei. Nach dem Urtheil der Herren Dupras, Fleussi und v. Blondel ist das dortige Klima ein, besonders auf den Hochebenen, überaus günstiges, und namentlich dem Deutschen, bei angemessener Lebensweise, sehr zuträgliches. Hervorragendes Interesse erregte sodann ein Vortrag des Herrn Oberlandesger.-Raths Wegemann, welcher, anknüpfend an die so eben erschienene Schrift: „Beleuchtung des neuen Auswanderungs-Projektes mehrerer Mitglieder der ersten preußischen Kammer (des Herrn geh. Rath Diergardt und Anderer) von einem Freunde geregelter Kolonisation. Berlin, 1850. (Karl David) dem „Berliner Verein ꝛc." ein Uebergehen aus seiner bisherigen passiven Stellung in eine aktive anrieth. Der Herr Redner bemerkte, daß die Diergardtsche Gesellschaft, welche sich nach dem Statut als eine philantropische ankündige, dem ausgesprochenen Zwecke nach aber eine auf Erwerb und Verkauf von Kolonial-Ländereien gerichtete Aktien-Gesellschaft sei, scheinbar mit dem rein philantropischen und patriotischen „Berliner Verein ꝛc." in Rivalität, desgleichen der hier existirenden Kolonisations-Gesellschaft in Konkurrenz trete. So stolz nun letztere sein würde, den von ihr zuerst betretenen Weg durch eine solche Nachfolge als den richtigen anerkannt zu sehen, eben so müsse der „Berliner Verein ꝛc." es als ein günstiges Zeichen seiner Zukunft ansehen, daß seine Idee in den Herzen solcher Männer, wie Graf Schwerin, v. Auerswald, v. Ammon, v. Patow, Milde, Magnus, Helldorf, Hochberg, Carl und Anderer, Anklang und Wiederhall gefunden habe, da nicht zu zweifeln sei, daß jene Männer, welche in Erkenntniß des guten Zweckes Aktien auf Gewinn zeichneten, ihre Mitwirkung auch dem „Berliner Verein ꝛc." nicht entziehen werden, wenn gleich hier nur kleine Opfer an Zeit und Geld in Aussicht ständen. Ob es zu billigen, daß durch die, wenn auch nur scheinbare Rivalität doch eine Zersplitterung der Kräfte für den nur durch Einigkeit zu erreichenden großen Zweck versucht worden, werden alle die richtig würdigen, welche die traurigen Folgen aller partikularistischen Bestrebungen bereits andern Ortes kennen gelernt hätten, und um dem entgegenzutreten, halte der Herr Redner es für angemessen, den Diergardtschen Verein einzuladen, er möge sich denjenigen Bestrebungen des „Berliner Vereins ꝛc.", welche mit den seinigen zusammenfallen, anschließen, sein Kolonisations-Projekt dagegen selbstständig verfolgen. Der Redner halte es schon überhaupt für Pflicht des „Berliner Vereins ꝛc.", jedes Kolonisations-Projekt seiner Prüfung zu unterziehen, hier aber um so mehr, da, trotz der fehlenden Bestimmungen über das Wo? der künftigen Kolonisation, die glänzenden Verheißungen des Diergardtschen Vereins unzweifelhaft eine Menge von Familien zum Anschluß bewegen werden. Nachdem der Redner sodann auf mehrere Schwächen des Statuts und auf die Gefahren, welche darin für die Auswanderer liegen, hingedeutet hatte, schloß er mit dem Vorschlage, den geehrten Mitgliedern des Diergardtschen Vereins, welche wegen ihrer vielfachen Kammergeschäfte das Statut ohne Zweifel nur eilig hätten berathen können, die begründeten Bedenken des „Berliner Vereins" gegen das Statut mitzutheilen und dadurch zu ihrer Behebung anzuregen, bis dahin aber ein günstiges Urtheil über dieses Unternehmen zu suspendiren. — Nachdem die Versammlung auf Antrag des Dr Gaebler den Verwaltungsrath beauftragt hatte, unter Zuziehung des Herrn ꝛc. Wegmann, eine auf den Vorschlag des Letztern bezügliche Vorlage vorzubereiten, theilte der Abgeordnete zur 2ten Kammer, Herr Hesse, seine eignen seit 1835 im Missouristaat gesammelten Erfahrungen über Kolonisation mit, und überreichte der Bibliothek des Vereins als Geschenk seine Schrift: „Auszug aus dem Werke das westliche Amerika, in besonderer Beziehung auf die deutschen Einwanderer in ihren landwirthschaftlichen, Handels- und Gewerbs-Verhältnissen. Bearbeitet für den Landmann von N. Hesse, ehemaligem Kantonsbeamten. Arnsberg 1839. — Nachdem endlich Doktor Gäbler mit Bezug auf den Bericht des württembergischen Konsuls Fleischmann, sowie auf den eines Mitglieds des „Dresdener Centralvereins für Auswanderung" in dem „Sächsischen Auswanderer" über die zunehmenden Schwierigkeiten der Ansiedelung in Nordamerika gesprochen hatte, gab Herr von Bülow schließlich eine lebendige Darstellung von der Eigenthümlichkeit der ersten Eindrücke, welchen die belgische Gesellschaft bei ihrem ersten Eintreffen in Amerika unterlegen habe. — Sämmtliche interessante Vorschläge fesselten fortdauernd die Aufmerksamkeit der Zuhörer, unter denen man mehrere hochgestellte Beamte aus dem Militär- und Civilstande bemerkte, wie denn überhaupt die Theilnahme sichtlich im Zunehmen begriffen ist.

G. **Berlin**, 6. Dezember. [Der österreichische Protest. — Die Depesche vom 12. November. — Revision der Verfassung. — Der König.] Man versichert uns, es sei ein neues österreichisches Aktenstück vorgestern eingelaufen. Einige stellen es als den erwarteten formellen Protest dar, der in Form einer Note erschienen wäre. Doch will ich dies für heute nicht ganz verbürgen. Es ist möglich, daß es sich wieder um eine Depesche handelt, obgleich sich nicht ersehen läßt, was nach den letzten Eröffnungen Oesterreich zu sagen übrig bleibt, wenn es nicht protestiren will. Indeß mögen sich Ihre Leser noch ein wenig gedulden. Der eigentliche Charakter dieser jüngsten Schrift, welcher sehr herbe sein soll, muß sich bald herausstellen.

Was die jetzt veröffentlichte Depesche vom 12ten November, die eine Weisung an Herrn v. Prokesch enthält (s. gestr. und heutige Bresl. Ztg. — Wien) betrifft, so hören wir von einer in der Regel wohlunterrichteten Seite, es sei nicht die vielbesprochene, sondern eine frühere. Dies stimmt freilich mit einer Andeutung des „Lloyd" nicht ganz überein. Wenn aber die Depesche vom 12. November erklärt „der Staatsanzeiger vom 21. bringe höchst merkwürdige und überraschende Aufschlüsse über die Ansichten, welche die königl. Regierung dermalen in dieser wichtigen Frage genommen zu haben scheine," und ferner, „die Grundsätze, welche die Erklärung (v. Bodelschwingh's in der Sitzung des Verwaltungsrathes vom 17.) aufgestellt, ständen im offenen Widerspruch mit jenen, die das preußische Kabinet bisher verkündet habe und seien in ihren Folgerungen so wichtig, daß sich die österreichische Regierung auf das Entschiedenste dagegen verwahren muß; endlich dann, am Schluß der langen Deduktion: „Oesterreich müsse wünschen, daß die von Bodelschwingh aufgestellten Grundsätze von dem königl. Kabinet berichtigt werden mögen, da Oesterreich dieselben nicht zur Geltung gelangen lassen könne — — — wenn, sagen wir, die Depesche vom 12. November dies Alles enthält und noch nicht die vielbesprochene darstellt, was mag erst die letztere bringen? Also auch dieser Punkt bedarf noch des Lichtes.

Das ist aber noch nicht Alles. Man erzählt uns als aus guter Quelle kommend, daß Herr Prokesch, als er die fragliche Depesche mitgetheilt, zu gleicher Zeit den Entwurf eines formellen Protestes vorgelesen habe. Dies würde Manches erklären.

Die Kammern haben die Revision der Verfassung beendigt und man hofft, daß die Differenzpunkte zwischen der ersten und zweiten bis Weihnachten werden zum Austrag kommen. Personen, die dem Hofe nicht zu fern stehen, stellen es übrigens als durchaus keinem Zweifel unterliegend dar, daß der König die Verfassung noch vor dem Beginn der Wahlen beschwören werde.

C.B. **Berlin**, 6. Dezbr. [Tagesbericht.] Die unter der früheren Regierung mit Strenge unterdrückte kirchliche Bewegung gegen die Union der beiden protestantischen Hauptkonfessionen hat in neuester Zeit mit desto größerer Energie den Kampf gegen das Institut einer evangelischen Landeskirche aufgenommen. In einigen Gegenden der Monarchie, namentlich in Pommern, ist diese Bewegung sogar bis zu einer kirchlichen Steuerverweigerung vorgeschritten. Die Petitionsberichte der Kammern sind mit Referaten über zahllose Eingaben, Vorstellungen und Protesten von Synoden, Gemeinden und Geistlichen der sich beeinträchtigt glaubenden lutherischen Kirche gefüllt. Hierdurch ist ein Erlaß der Abtheilung des Kultusministeriums für evangelische Kirchensachen, welche unter der Leitung des geheimen Revisionsraths Frech steht, veranlaßt worden. Derselbe bezieht sich zunächst auf die Verhältnisse in Pommern und ist deshalb an das Konsistorium dieser Provinz gerichtet, allen übrigen Konsistorien aber zur Kenntnißnahme mitgetheilt worden. Das Wesentlichste in diesem Erlaß ist **das Anerkenntniß, daß nach den bestehenden Gesetzen das lutherische Bekenntniß auch innerhalb der Union die Grundlage der Kirche Pommerns bildet.** — Wenn man berechtigt ist, aus Aeußerungen einflußreicher Mitglieder Schlüsse zu ziehen, so wird in der zweiten Kammer, in welcher ohnedies die alten Parteien nicht blos in Bezug auf die Agrargesetzgebung auseinandergegangen sind, eine neue Fraktionsbildung und eine sehr entschiedene Haltung der entschiedenen Rechten gegenüber zu erwarten sein. Der entschiedenen Rechten soll übrigens der Verlust ihres angesehensten Mitgliedes, des Hrn. Grafen Arnim drohen. Man glaubt, daß unter Hrn. von Bodelschwingh, unter Mitwirkung des Grafen Arnim ein neues rechtes Centrum erstehen werde, — Dem Vernehmen nach soll Hr. v. Hinkeldey Beschwerde gegen Herrn Taddel beim Justiz-Ministerium geführt haben. — Wie wir erfahren, ist die militärische Konvention mit mehreren kleineren deutschen Staaten, worunter namentlich Braunschweig zu erwähnen ist, in der That abgeschlossen worden. — Die Nähe des Wahltermins für das nach Erfurt zu berufende Parlament hat auch die hiesige demokratische Partei veranlaßt, den Blick der deutschen Frage zuzuwenden. Der Gesammtausschuß der hiesigen Vereine hielt im Interesse dieser Angelegenheit gestern eine Sitzung, deren Ergebniß die Berufung eines Kongresses behufs Berathung und Beschlußnahme über das der Partei zu empfehlende Verhalten in dieser Frage war. Nach dem, was aus Privatäußerungen hervorragender Mitglieder der Oppositionspartei der Nationalversammlung und zweiten Kammer geschlossen werden darf, läßt sich schon jetzt mit einiger Bestimmtheit vorhersagen, daß die Demokratie der Mehrheit nach wieder nicht wählen wird.

A. Z. C. Die Steuerverweigerungs-Prozesse gegen die Abgeordneten der früheren National-Versammlung folgen jetzt Schlag auf Schlag. Gestern stand vor den so eben zusammen getretenen Assisen zu Sorau der Abgeordnete des Sorauer Kreises, Bergwerks-Dirigent Rüdiger, angeklagt des versuchten Aufruhrs, weil er nicht nur am Steuerverweigerungs-Beschluß Theil genommen, sondern auch in zweien im Sorauer Kreise verbreitenen Proklamationen aufgefordert hatte, dem Beschluß Folge zu leisten und den Behörden den Gehorsam zu kündigen. Herr Dr. Stieber aus Berlin war als Vertheidiger des Angeklagten erschienen. In Folge seiner freimüthigen und energischen Rede sprachen die Geschworenen einstimmig das „Nichtschuldig" aus. Herr Ziegler ist hiernach der einzige bis jetzt verurtheilte Steuerverweigerer. — Gestern erschlug in einem Tabaksladen der Jerusalemerstraße der Prinzipal des Geschäfts seinen Gehülfen mit einem Hammer, nachdem beide zuvor über einen Wechsel in Streit gerathen waren.

[Vermischte Nachrichten.] Aus zuverlässiger Quelle bringen wir in Erfahrung, **daß gestern im Staatsministerium beschlossen worden, den Kammern eine Vorlage zur Genehmigung des Baues der Posen-Breslauer Eisenbahn auf Staatskosten zu übergeben**, und dürfte demnächst das Weitere bald veranlaßt werden, da der Herr Handelsminister bereits vor einiger Zeit gutachtliche Aeußerungen von den Herren Oberpräsidenten der betheiligten Provinzen eingefordert hat. — Wie wir vernehmen, ist das Gesuch der städtischen Behörden in Breslau, den Verkehr der städtischen Bank um eine Million zu vermehren, Seitens des Ministeriums nicht genehmigt worden. **Die Ansicht, daß Schlesien den übrigen Provinzen gegenüber durch die Genehmigung zu sehr bevorzugt werde, habe das Ministerium vorzugsweise geleitet.** — Nächst der durch den Staats-Anzeiger veröffentlichten Widerlegung der von der Direktion der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn aufs Neue erhobenen Beschwerden wegen Uebernahme der Verwaltung dieser Bahn ist auch von dem auf Staatskosten bereits angestellten Spezialdirektor Costenoble (früherem Verwalter der Berlin-Hamburger Eisenbahn) ein Gutachten, vornehmlich über die Höhe des durch die Nachtzüge entstandenen wirklichen Verlustes eingefordert worden. Der Herr Costenoble erachtet die dadurch entstandenen Nachtheile für unerheblich, wenn die Verwaltung der Eisenbahn sich lediglich auf die Nachtzüge beschränkt hätte, welche auf Anordnung der Staatsregierung nothwendig wurden. — Das Komité zur Wahrung der Interessen rheinischer Eisenbahn-Aktienbesitzer ist durch die Direktion der genannten Bahn aufgefordert worden, den beabsichtigten Protest gegen die Zinsgarantie für die Aachen-Düsseldorfer Eisenbahn entweder sofort zurückzunehmen oder wenigstens unschädlich zu machen, weil der Herr Handelsminister in einem Rescript vom 23. November dem Direktorium die Mittheilung gemacht habe, daß falls die in Rede stehende Garantie von den Kammern

nicht ertheilt werden sollte, die Unterhandlungen wegen Garantie der beabsichtigten Anleihe für die rheinische Bahn, sowie wegen des Ankaufs derselben nicht wieder aufgenommen werden können. Das Comité, welches von dem Direktorium ersucht worden, diese Bestimmung den Aktienbesitzern schleunigst mitzutheilen, hat sich veranlaßt gesehen, durch eine öffentliche Benachrichtigung den Wünschen der Direktion nachzukommen. — Die heutige Sitzung des Geschworenen-Gerichts fiel aus, da sich nicht die nöthige Zahl der Geschworenen, welche für Monat Dezember bestimmt sind, eingefunden hatte, und die Ergänzungs-Geschworenen nicht sofort herbeigeschafft werden konnten. (Const. Z.)

[Die betreffende Kommission der zweiten Kammer] hat durch den Abgeordneten Wallach Bericht erstattet über Tit. II. der Gemeindeordnung § 8—64. „Von den Gemeinden, welche mehr als 1500 Einwohner haben." Die meisten §§ werden entweder ganz unverändert oder nur mit unerheblichen Abänderungen zur Annahme empfohlen. Bei § 8 wird eine etwas geringere Anzahl von Gemeinderäthen für die großen Städte beantragt, so wie bei § 32 ein Zusatz, wonach der Gemeinderath über andere als Gemeindeangelegenheiten nur dann soll berathen dürfen, wenn solche durch besonderes Gesetz oder in einzelnen Fällen durch die Aufsichtsbehörde an ihn gewiesen sind. Der § 43 des Entwurfs, welcher die öffentliche Auslegung der Beschlußentwürfe über die wichtigern Gemeindeangelegenheiten anordnet, damit die Gemeindewähler ihre Ansicht darüber zu Protokoll erklären können, soll nach dem Vorschlage der Kommission gestrichen werden, weil die Betheiligung der Gemeindeglieder an den Gemeindeangelegenheiten nach dem Wesen des Repräsentativ-Systems nur auf die Theilnahme an der Wahl der Vertreter zu beschränken sei. Aus demselben Grunde soll (§ 59) das Gemeindebudget zwar zur Einsicht öffentlich ausgelegt werden, aber ohne daß Erklärungen darüber entgegenzunehmen wären. Endlich bestimmt § 47 des Entwurfs, daß, wenn die Gemeindezuschläge die Hälfte der Staatsabgaben überschreiten, die Genehmigung der Bezirksregierung einzuholen sei; die Kommission will dafür ein Viertheil setzen. C. C.

Die am vergangenen Montag verhafteten Personen sind bereits mit wenigen Ausnahmen wieder entlassen worden. Bei diesen soll das Vergehen der thätlichen Widersetzlichkeit gegen Schutzmänner vorliegen. — Wie es heißt sind gestern wieder wegen angeblicher Nichtbefolgung obrigkeitlicher Anordnungen, Veranlassung von Aufläufen u. s. w., über 50 Verhaftungen vorgenommen worden. Die Polizei-Gefängnisse sind sonach in den letzten Tagen fast überfüllt ewesen. (Nat.-Z.)

In den Kreisen der Abgeordneten ist das Gerücht vielfach verbreitet, daß der Minister-Präsident Graf v. Brandenburg, seine hohe Stelle niederzulegen beabsichtige und daß Herr v. Manteuffel an die Spitze des Ministeriums treten werde. (Hamb. K.)

[Erklärung.] Der Vertheidiger des Ober-Tribunalsrath Waldeck behauptet in seiner Rede vom 3. d. M., „der Verhaftsbefehl wider Ohm vom 14. Mai sei aus dem Grunde erst am 16. Mai ausgeführt worden, weil am 15. Mai die Kriegsgerichte in Berlin eingesetzt worden seien, und der Obertribunalsrath Waldeck habe vor das Kriegsgericht gestellt werden sollen." Es wird dagegen einfach bemerkt, daß der Grund der Verzögerung der Captur einzig und allein darin zu finden ist, weil der Beamte, welcher mit der Verhaftung des ihm bis dahin gänzlich unbekannten Ohm beauftragt war, desselben nicht früher habhaft werden konnte. — Berlin, 4. Dezbr. 1849. — Der Polizei-Präsident. v. Hinckeldey.

Aus dem Großherzogthum Posen, 2. Dezbr. [Vermehrung der Bevölkerung. — Arbeiter-Wohnungen.] Man hat sich vielfach gewundert, daß in den Städten der Provinz, in welchen die jüdische Bevölkerung vorherrschend ist und die Cholera, besonders unter diesem Theile der Einwohner, sehr gewüthet hat, eine Abnahme derselben nicht zu bemerken ist und die Familien so vollzählig erscheinen, wie sie früher gewesen sind. Das Räthsel läßt sich lösen: man hat das Geheimniß der Auferstehung entdeckt, und beutet es zunächst zum Vortheil der schwachen, gedrückten und verfolgten Juden aus. Wer im Königreiche Polen nicht Lust hat, Soldat zu werden, von seiner Familie für immer Abschied zu nehmen und in eine militärische Leibeigenschaft einzutreten; oder wer sich von den allgemeinen und den besondern Abgaben, welche auf dem Juden lasten, gedrückt fühlt; oder wer ein freieres und besseres Dasein wünscht — er wandert aus, kommt in das Großherzogthum, und tritt an die Stelle eines an der Cholera Verstorbenen, verzichtet äußerlich auf seinen Namen und seine Verwandten, und adoptirt Namen und Familie seines todten und ungekannten Doppelgängers. Das ist die einfache Methode, durch welche die Auferstehung der Todten bereits 600 Mal an Flüchtlingen aus dem Warschauer Gubernium in aller Stille gefeiert worden ist. — Einige der Arbeiter an der Ostbahn haben es vorgezogen, sich für den Winter in der Nähe der Bahn Erdhütten zu bauen, worin sie ihre Wohnungen aufgeschlagen haben, statt sich in den naheliegenden Dörfern einzumiethen. Diese Erdhütten sind aber meist sehr schlecht gebaut und drohen täglich dem Einsturze. So ist in der Nacht vom 19. zum 20. v. M. eine solche Erdhütte bei dem Dorfe Strzelewo wirklich eingestürzt und hat den Arbeitsmann Johann Bonk aus Thurmühle, Kreis Schubin, welcher in derselben grade schlief, getödtet. (Pos. Z.)

[Die Oesterreicher sollen Polen besetzen.] Schon seit mehreren Tagen ist unter den hiesigen Polen die Nachricht verbreitet, daß österreichische Truppen Warschau und das Königreich Polen theilweis besetzen werden, als Ersatz für die Russen, welche an die türkische Grenze marschiren sollen. Die Quelle solcher Gerüchte ist wohl in Krakau zu suchen, von wo die österreichischen Feldbäckereien am 28. und 29. November mit der Eisenbahn nach Czenstochau abgegangen sein sollen, angeblich um Brodt für das nachfolgende Truppenkorps vorzubereiten. (Reform.)

Pz. **Königsberg i. Pr.**, 3. Dezbr. [Aus der Provinz.] Heute sind die Schwurgerichts-Sitzungen unter dem Präsidium des Stadtgerichts-Direktors Fischer eröffnet. Trotz der wenig interessanten Verhandlung über eine Falschmünzerei war der Zudrang des Publikums im Verhältniß der Räumlichkeit des Schwurgerichtslokals ein sehr großer und mußte von Zeit zu Zeit weiterer Zugang suspendirt werden. Eine Anzahl von Polizeibeamten war zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung anwesend. — Bei dem am 26. November und folgenden Tagen in Mohrungen stattgefundenen Schwurgerichtsverhandlungen wurde in den beiden politischen Prozessen gegen Dr. Klein wegen Majestätsbeleidigung und gegen Kreisphysikus Dr. Beeck aus Pr. Holland wegen Versuchs, den Steuerverweigerungsbeschluß durchzuführen, auf „Nicht schuldig" erkannt. — Bei den an demselben Tage eröffneten Schwurgerichtsverhandlungen in Pr. Stargardt wurde dagegen der Dorfgeschworne Pinchowski wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Monat Gefängniß verurtheilt, nachdem die Geschwornen ihn für „schuldig" erklärt hatten. — In den letzten Wochen sind in Westpreußen mehrfach Kirchendiebstähle vorgekommen. Es sind nach einander die St. Annenkirche in Elbing, die Katharinenkirche in Danzig, die katholischen Kirchen in Culm nnd Löbau beraubt. Der letzte Diebstahl ist der bedeutendste und mittelst gewaltsamen Einbruchs die Schatzkammer und die Sakristei vollständig ausgeplündert, selbst das Allerheiligste nicht einmal verschont worden. Der Schaden beläuft sich auf 8000 Rtl. — Von Tilsit aus wird die Verhaftung des bekannten W. Tempelfeld gemeldet, welche am 30. November auf Antrag des Staatsanwaltes und auf Anordnung des Insterburger Appellationsgerichts erfolgt ist. — Ueber die Expedition gegen den Räuber und Schmuggler Raudon-Erotinus und Konsorten erfahren wir, daß sie bis jetzt erfolglos gewesen ist. Das von Brüchen vielfach durchschnittene Terrain des Juraforstes setzt den betreffenden Maßnahmen zur Gefangennehmung der Bande eben so viel Schwierigkeiten entgegen, als die sehr zweifelhafte Gesinnung verschiedener Grenzortschaften. Zugleich will man mit Befremden bemerkt haben, daß die russische Grenzbewachung die Gelegenheit zur Ergreifung des Raudon-Erotinus mehrmals in auffälliger Weise unbenutzt gelassen habe. Trotz dieser mannigfachen Schwierigkeiten sind die Mannschaften des Kommandos guten Muths und tragen die unausbleiblichen Entbehrungen mit Leichtigkeit. — Aus Marienwerder meldet man: „Der seit einigen Tagen eingetretene Frost würde, so hoffte man im Allgemeinen, den vorhandenen, die Cholera erzeugenden Krankheitsstoff in Fesseln schlagen; leider hat sich diese Hoffnung nicht bestätigt. Es sind nicht nur neue Erkrankungen, sondern auch Todesfälle vorgekommen, und somit der verhoffte günstige Wendepunkt noch nicht eingetreten." — Das Rettungshaus für jugendliche Sträflinge in der Strafanstalt zu Insterburg, welches am 1. Juli 1848 aus Staatsmitteln errichtet worden, gedeiht nach Bericht des Prediger Merlekes im evangelischen Gemeindeblatt recht gut. Die bessern und geschicktern Knaben erlernen ein Handwerk (Schneiderei, Schuhmacherei oder Tischlerei), die übrigen werden mit Knüpfen von Fischernetzen beschäftigt. Alle bis zum 18. Lebensjahre besuchen die Schule, an der ein besonderer Lehrer angestellt ist, die Kirche, in welcher sie auf dem Orgelchore die liturgischen Gesänge ausführen und füllen dann die Mußezeit durch Lesen nützlicher Jugendschriften aus.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 3. Dezember. [Tagesneuigkeiten.] Allen Ernstes erzählt man sich heute, daß der Erzherzog Johann seinen Rücktritt mit einer Ansprache an das deutsche Volk begleiten werde. — Gestern Mittag wurden die sogenanten Minister des Erzherzogs sehr eilig um denselben versammelt; das deutsche Reich ist vielleicht noch so glücklich, zu erfahren, welche allerhöchsten Entschließungen zum Wohle der Nation in dieser geheimen Konferenz gefaßt wurden. Man sagt, daß Fürst Wittgenstein das Ende des Possenspiels kaum noch erwarten könne. Wir glauben es gern, da die anerkannt noble Persönlichkeit des Fürsten immer im Mißverhältnisse zu der ihm aufgedrungenen „reichsministeriellen" Umgebung stand. (Ref.)

Frankfurt a. M., 4. Dezember. Der neue Verfassungs-Entwurf für den Freistaat Frankfurt ist nunmehr gestern Abend von der konstituirenden Versammlung in zweiter und letzter Lesung mit 68 gegen 29 Stimmen angenommen worden. Die Angelegenhett geht jetzt in die Hände des Senats über, welcher nach dem Gesetz vom 18. Oktober v. J. die Abstimmung sämmtlicher großjährigen Staatsangehörigen zu veranlassen hat. Die Constituirung der neuen Centralbehörde wird auch in dieser Woche noch nicht zu erwarten sein. Die Zustimmungsacte Oldenburgs zu dem Wiener Vertrag vom 30 September ist noch immer nicht eingegangen, und der Reichsverweser hat wiederholt auf das Bestimmteste erklärt, daß er seine Würde nur nach Eingang der Zustimmungsacten aller deutschen Regierungen niederlegen dürfe und werde. — Die Wahlen im Großherzogthum Hessen fallen nach allen bisher eingelaufenen Nachrichten überwiegend im demokratischen Sinne aus. Doch hat auch die sogenannte konstitutionelle Partei mehrere Koryphäen, wie Gagern (4mal), Jaup, Reh, Wernher von Nierstein, Kilian und Andere durchgesetzt. (D. Bl.)

München, 3. Dezbr. [Gerücht.] Schon vor etwa 14 Tagen ging hier kurze Zeit das Gerücht, daß der derzeitige Staats-Minister des Innern von Zwehl seine Stelle aus Gesundheitsrücksichten aufgeben und darin von Freiherrn v. Zu-Rhein ersetzt werden würde. Dieses Gerücht wiederholt sich jetzt, ich weiß nicht, mit wie viel oder wenig Grund. (A. Z.)

[Sitzung der Kammer der Abgeordneten.] An der auf der heutigen Tagesordnung stehenden Debatte bezüglich des Anlehens-Gesetzes betheiligen sich Jordan, welcher bei dieser Gelegenheit wieder auf die Politik unsers Ministeriums zu sprechen kommt, welches zweimal die Gelegenheit nicht benützt hat, die Einigung Deutschlands herbeizuführen. Herrmann stimmt für das Anlehen, es gehöre zu den Ausgaben die man machen mußte und müsse — für den Militärbedarf, die Reichsflotte, die Nationalversammlung und die Centralgewalt. Die deutsche Flotte hätte wohl mit weniger Wegwerfung von Geld hergestellt werden können, und sei die staatsrechtliche und prinzipielle Stellung zur Centralgewalt, welche da wolle, seinen gegen dieselbe eingegangenen Verpflichtungen müsse man als Mann von Wort nachkommen. Wallerstein erklärt im Namen der Linken, daß ihr Votum in dieser Sache mit der Politik durchaus keinen Zusammenhang habe, sondern ihr Standpunkt ein rein finanzieller sei. (Er berechnet hierauf der Kammer, daß sich durch die unbedingt nöthig werdenden Eisenbahnbauten u. s. w. die Staatsschuld von dem gegenwärtigen Betrage pr. 126 Millionen auf 210—220 Millionen steigen wird und müsse.) Die Linke wolle der Regierung durchaus nicht die Hülfe versagen, allein, weil sie sich nur durch die Vorlage eines geregelten Schuldentilgungsplans ein getreues und nachhaltiges Bild verschaffen könne, werde sie bis zu dieser Vorlage gegen jedes Anlehen stimmen; die Linke, er sage es noch einmal, huldige — wenn sie auch in Ansichten der Regierung entgegen ist, nie dem Grundsatze: „in dem, was dem Lande Noth thut, zu markten." Koch stellte wohl an 10 Fragen über die Verwendung der durch die Anlehen 1846, 1848 bewilligten Gelder an den Finanzminister — welcher erklärt, sogleich, da es sich um Ziffern handle, nicht antworten zu können, ohne die Beantwortung überhaupt zuzusagen. Der Präsident schließt um 3 Uhr die Sitzung.

Dresden, 5. Dez. [Interpellation des Herrn v. Carlowitz in der deutschen Verfassungsfrage.] Heute hat in der ersten Kammer der frühere Staatsminister v. Carlowitz, anerkannt die erste politische Capacität Sachsens, eine Interpellation eingereicht, durch welche er die Regierung, im Hinblick auf die in Preußen bereits ausgeschriebenen Wahlen zum deutschen Reichstage, veranlaßt, den Kammern die verheißenen Aktenstücke über die deutsche Verfassungsangelegenheit baldigst vorzulegen. Die Regierung hat früher in der Leipziger Zeitung erklärt, sie erwarte „mit Sehnsucht" den Augenblick, wo dies werde geschehen können. Jetzt ist der Augenblick da, und die Regierung zögert und muß sich anrufen lassen. Auf der Ministerbank war nur Herr v. Friesen, welcher sich still verhielt.

Koburg, 3. Dezbr. [Auflösung des Landtages.] Heute Nachmittags 3 Uhr wurde unsere Abgeordneten-Versammlung vermittelst einer von dem neu eingetretenen Staatsminister von Seebach gegengezeichneten Verordnung durch den Ministerialrath Brückner aufgelöst. Seit dem von der Majorität der Abgeordneten-Versammlung gefaßten Beschluß in der deutschen Frage, welcher den Beitritt zum Vertrag vom 26. Mai d. J. ablehnt, war, wie man allgemein anerkennt, diese Auflösung zur Nothwendigkeit geworden. Allem Anschein nach ist sie ein in der letzten

Zeit von den Abgeordneten selbst sehnlichst erwarteter Schritt gewesen. (Dorfztg.)

Oldenburg, 4. Dezbr. [Ablehnung der Bestätigung des Anschlusses an das Berliner Bündniß. Rücktritt des Ministerums. Vertagung des Landtages.] In der gestrigen Sitzung des Landtages kam die Frage wegen Anschlusses des Großherzogthums an das Berliner Bündniß zur Berathung, eine Entscheidung, der das Land nun schon seit Monaten mit größter Spannung entgegen sah. Das Nein wurde in namentlicher Abstimmung mit 22 gegen 19 Stimmen angenommen. — Unmittelbar nach dieser Abstimmung verließen die Minister, mit Zurücklassung der Regierungs-Kommissäre, den Saal. Der Landtag hatte dann noch zu verhandeln über einen Antrag des Abgeordn. Dannenberg, welcher eine Verwahrung bezwecke gegen die Ansicht, welche vom Ministerpräsidenten über die Bedeutung des ständischen Bestätigungsrechts bei Staatsverträgen und über die verbindliche Kraft der vollzogenen Ratifikation in Beziehung auf das Land, ausgesprochen hatte. Diese Verwahrung wurde mit 39 gegen 2 Stimmen eingelegt. — Heute (den 4. Dezbr.) hatte der Landtag nach der Tagesordnung nur über einen vom Abgeordn. Lindemann gestellten Antrag zu verhandeln, welcher die Staatsregierung aufford rte: das Budget für 1850 durch den Druck zu veröffentlichen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Hierauf erschien der Ministerialrath Zedelius und eröffnete dem Landtage: Die verantwortlichen Minister hätten ihre Entlassungsgesuche eingereicht, der Großherzog habe sie veranlaßt, die laufenden Geschäfte einstweilig fortzuführen, vertage aber den Landtag bis zum 28. d. M. (Wes.-Ztg.)

Braunschweig, 4. Dezbr. [Landtag.] In der heutigen Sitzung unserer Abgeordneten-Versammlung stand der Antrag Hollandt's auf der Tagesordnung. Er lautet:

Die hohe Versammlung wolle in weiterer Verfolgung der Beschlüsse vom 14. und 27. Juli d. J., die Sache von Schleswig-Holstein betreffend, im Hinblick auf die notorische Handhabung des mit Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstandes und auf dessen nahe bevorstehenden Ablauf beschließen: herzogl. Landesregierung wird ferner dringend ersucht, kräftigst dahin zu wirken, daß der unseligen Lage der Dinge in Schleswig-Holstein auf dem einen oder andern Wege, den Rechten der Herzogthümer gemäß, in ehrenhafter Weise ein Ende gemacht, und daß, im Fall der Waffenstillstand verlängert werden sollte, dessen Bestimmungen unter Zurückweisung vertragswidriger Uebergriffe von dänischer Seite, streng dem deutschen Interesse gemäß, in Ausführung gebracht werden.

Auf Verlangen des Antragstellers wird nach vorhergegangener Unterstützung die Diskussion eröffnet, und zwar motivirt zunächst Abgeordneter Hollandt seinen Antrag, indem er sich auf die frühern Beschlüsse der Versammlung in derselben Sache bezieht. Der Abgeordnete Trieps schlägt sodann folgende motivirte Tagesordnung vor:

In Erwägung: 1) daß die Versammlung ihre lebhaften Simpathien für Schleswig-Holstein und dessen Rechte schon mehrfach ausgesprochen hat,

2) daß dieselbe sich nicht in der Lage befindet, diese ihre Simpathien jetzt anders, als abermals durch Worte zu beweisen,

3) daß sie nicht einmal der Landesregierung eine irgendwie bestimmte Handlungsweise bezeichnen kann, von der eine heilsame Wirkung zu erwarten stände,

4) daß von der genügend bewährten Gesinnung der Landesregierung erwartet werden darf, dieselbe werde nach Kräften für die deutsche Sache Schleswig-Holsteins thätig werden, so oft und so bald sich ihr dazu eine passende Gelegenheit bietet, geht die Versammlung über den Antrag zur Tagesorduung über.

Nach einer länger ausgeführten Debatte, an welcher sich die Abgeordneten Lucius, Hollandt, Trieps, Seebaß und v. Geyso hauptsächlich betheiligen, wird der Antrag von Trieps mit 30 gegen 21 Stimmen angenommen. (Ref.)

Schleswig-Holsteinsche Angelegenheiten.

Schleswig, 4. Dezember. Nach ruhigen Tagen, die in Ruhe und Frieden verflossen, in denen sich das gute Verhältniß zwischen den Einwohnern und der preußischen Garnison zu einem befreundeten zu gestalten begann, wird die Landes-Verwaltung abermals die Brandfackel der Unruhe und des Unfriedens in unsere Stadt heute zu werfen versuchen. Eine Kompagnie des 7. Regiments hat scharfe Patronen erhalten, denn ein neuer Postmeister soll hier heute eingesetzt werden. Das ganze Personal soll um 12 Uhr Mittags im Posthause gegenwärtig sein. Da nun Niemand unter der octroyirten Behörde erscheinen wird, so haben wir die Aussicht, weder Zeitungen, Geschäfts- noch Familienbriefe zu bekommen. Die Aufregung ist groß und wie lange man hier ruhig einen solchen Zustand, wenn er eintritt, ertragen wird, läßt sich in diesem Augenblicke gar nicht sagen. (H. C.)

Kiel, 5. Dezbr. Da morgen der Waffenstillstand in den Status der Kündigung tritt, ist die heutige Ernennung des Generals v. Krohn zum interimistischen Kriegsminister von Bedeutung. Von allen Seiten wird aber auch **sehr emsig gerüstet und Dänemark konzentrirt auf Alsen große militärische Kräfte.** Zu den drei Batterien, zwei sechs- und eine zwölfpfündige, die auf Alsen sind, soll noch eine neue zwölfpfündige hinzukommen. Die Permittirten sind einberufen und die dort liegenden Bataillone werden mit Eifer komplettirt. Nach den getroffenen Vorkehrungen schließt man, daß nächstens circa 12000 Mann unter General Schleppegrell auf Alsen zusammen sein werden, wo man überhaupt sehr stark an den Verschanzungen arbeitet, und jetzt sogar schon die Kommunikation zwischen Alsen und dem Festlande aufgehoben hat. Die Fähre zu Hardesboi darf von Privat-Personen nicht mehr passirt werden. Wie wenig man in Dänemark selbst an den Frieden glaubt, zeigen am besten die Erklärungen der Wahlkandidaten für den „Volksthing.“ (Const. Z.)

Oesterreich.

Wien. (Schluß der in der gestr. Ztg. abgebrochenen „Mittheilung an den Frhrn. v. Prokesch.“)

Eine Bestätigung unserer Ansichten finden wir in der von dem königl. Kommissar G.L. v. Radowitz in der Sitzung der zweiten Kammer am 24. Oktober im Namen der Regierung ausgesprochenen Ueberzeugung, daß „die Bildung eines provisorischen Organs des Bundes vom Jahre 1815 durch ein unzweifelhaftes Recht geboten werde, daher alle Mitglieder des Bundes die vertragsmäßige Verpflichtung haben, eine Behörde einzusetzen, welche die Leitung der öffentlichen Bundes-Angelegenheiten übernehme,“ und daß diese Einsetzung ein ebenso dringendes praktisches Bedürfniß sei, als sie von höhern politischen Rücksichten geboten wird. Nicht minder bietet noch die jüngste Zeit durch den Abschluß der Uebereinkunft vom 30. Sept. einen thatsächlichen Beleg für unsere Behauptungen. Den in derselben ausdrücklich anerkannten Grundsätzen gemäß wurden sämmtliche Bundesglieder eingeladen, dieser Uebereinkunft ihre Zustimmung zu ertheilen. Der in dieser Form erklärte Wille der Einzelnen wird sonach als der Ausdruck des Willens der Gesammtheit zu gelten haben. Aus dem Vorhergehenden ergiebt sich unwiderleglich, daß der Bestand der Bundesverfassung und somit auch jener des Bundes nicht durch den Bestand des Instituts der Bundesversammlung bedingt war, dasselbe mit allseitiger Zustimmung durch ein neues, den Bund in seiner Gesammtheit vorstellendes Organ ersetzt zu werden vermöge, die vertragsmäßige Verpflichtung aller Bundesglieder vorliege, ein solches Organ einzusetzen, somit auch jedem einzelnen Bundesgenossen das Recht zustehe, eine solche Einsetzung zu fordern, und endlich die Möglichkeit gegeben sei, durch die Aeußerung des Willens der Einzelnen einen Ausdruck für den Willen der Gesammtheit zu finden. Dies würde genügen, um darzuthun, daß die Bundesverfassung durch die Auflösung der Bundesversammlung nicht außer Kraft gesetzt und daher auch der Bund selbst nicht aufgelöst werden konnte. Wir können aber nicht umhin, zu noch vollständiger Begründung des Gesagten auf den Bundesbeschluß vom 12. Juli v. J. und die Uebereinkunft vom 30. Septbr. d. J. hinzudeuten. Durch diesen Bundesbeschluß ist die Ausübung aller Rechte und Pflichten der Bundesversammlung mit Zustimmung sämmtlicher Regierungen auf eine provisorische Centralgewalt übergegangen. Es ist demnach unrichtig, zu behaupten, daß der Bund in Folge der Auflösung des Bundestages eines ihn in seiner Gesammtheit vorstellenden und als verfassungsmäßiges Organ seines Willens und Handelns geltenden Instituts entbehrt habe. Ein solches Institut ist unter den verfassungsmäßigen Bedingungen mit allgemeiner Zustimmung geschaffen worden und sollte bis zur definitiven Erledigung der Verfassungsfrage in Wirksamkeit bleiben. Diesem nach wurde nichts als die Form des gemeinsamen Bundesorgans verändert. Wenn sich aber gegen diese Form zu der Zeit, wo sie geschaffen und einhellig gebilligt worden ist, keine Anstände erhoben haben, können auch jetzt aus eben dieser Form keine Einwendungen gegen den seither rechtsgültigen Bestand dieses Organs und gegen die Gesetzlichkeit des von ihm geübten Amtes erhoben werden. Dasselbe war der unbestrittene Rechtsnachfolger der Bundesversammlung. Die nach Auflösung der Nationalversammlung gegen den Fortbestand der provisorischen Centralbehörde geltend gemachten Bedenken haben wir nie als gegründet erkannt und können dies auch heute nicht, wo neuerdings praktische Folgerungen daraus abgeleitet werden sollen. Wir haben jedoch unsere Ansichten über diese Frage bereits zu oft und ausführlich dargelegt, als daß es hier nöthig sein sollte, uns neuerdings darauf einzulassen. Dagegen müssen wir aber darauf hinweisen, daß es für Diejenigen, welche der am 12. Juli 1848 in Wirksamkeit getretenen Centralgewalt ihre fernere Anerkennung versagen zu müssen glaubten, um so mehr eine Pflicht war, zur Einsetzung eines neuen Organs der Gesammtheit die Hand zu bieten.

Der Erzherzog-Reichsverweser hat durch seine wiederholt erklärte Bereitwilligkeit zum Rücktritte die Möglichkeit hierzu geboten, und die kaiserl. Regierung, so viel in ihren Kräften lag, durch Unterhandlungen dahin zu wirken gesucht, daß eine rasche und den Interessen der Gesammtheit zusagende Ausgleichung der verschiedenen Ansichten durch Bildung einer neuen provisorischen Centralgewalt erzielt werde. Der in dieser Absicht stattgehabte Schriftenwechsel giebt so genügenden Aufschluß über die Ursachen des Mißlingens unserer Bemühungen, daß wir dieselben wohl nicht aufzuzählen brauchen. Daß übrigens die königl. preußische Regierung selbst, trotz ihrer seit dem Monate Mai gegen den rechtmäßigen Fortbestand der provisorischen Centralgewalt erhobenen Einsprache, dieselbe als Nachfolgerin der Bundesversammlung und als bundesgesetzliche Trägerin der von dieser übernommenen Rechte und Pflichten anerkenne, geht unbestreitbar aus der am 30. Sept. abgeschlossenen und von Preußen am 10. Oktober ratifizirten Uebereinkunft hervor, vermöge welcher der Erzherzog-Reichsverweser die ihm mit Bundesbeschluß vom 12. Juli anvertrauten Gewalten wieder an die Gesammtheit der Mitglieder des deutschen Bundes zurückzugeben und zu diesem Ende die ihm übertragenen Rechte und Pflichten des Bundes auf Grund der erfolgten Zustimmung der übrigen Regierungen in die Hände Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich und Sr. Majestät des Königs von Preußen niederzulegen haben wird. Es ist demnach nicht nur aus materiellen Gründen dargethan, daß die Auflösung des bis zum 12. Juli 1848 bestandenen Bundesorgans die Bundesverfassung nicht außer Kraft zu setzen vermocht habe, sondern in Vorstehendem auch der Beweis hergestellt, daß der Bund in Folge der Auflösung der Bundesversammlung eines verfassungsmäßig eingesetzten Organs der Gesammtheit nicht entbehre, und Preußen dies selbst anzuerkennen in dem Fall sei, daher alle aus der entgegengesetzten Behauptung abgeleiteten Folgerungen sich als unbegründet ergeben. Würde es nach so unwiderleglichen Beweisen noch fernerer Belege für den von Preußen anerkannten Fortbestand der Bundesverfassung bedürfen, so finden wir dieselben in der bereits erwähnten Uebereinkunft vom 30. Sept. Dieselbe setzt fest, daß die zu bildende Bundeskommission „die bisher von der provisorischen Centralgewalt geleiteten Angelegenheiten, in so weit dieselben nach Maßgabe der Bundesgesetze innerhalb der Kompetenz des engern Rathes der Bundesversammlung gelegen waren,“ zu besorgen haben werde, alle übrigen „nach Art. VI. der Bundesakte dem Plenum der Bundesversammlung zugewiesenen Angelegenheiten der freien Vereinbarung der einzelnen Staaten überlassen bleiben und die Mitglieder der Bundeskommission die ihr zugewiesenen Geschäfte, der bestehenden Bundesgesetzgebung und insbesondere der Bundeskriegsverfassung gemäß, zu besorgen und zu leiten haben werden.“ Eine ausdrücklichere Anerkennung kann's unsers Erachtens nicht mehr geben. Wenn demnach die Bundesverfassung noch zu Recht besteht, so ergiebt sich hieraus zugleich, wie unbegründet und irrig die weiteren Behauptungen des Vorsitzenden des Verwaltungsraths seien. Auf dieselben zurückkommend, werden wir, auf das von uns Angeführte gestützt, die Ueberzeugung aussprechen können: 1) daß der von Preußen beabsichtigte Bundesstaat in den Fall kommen kann, mit der noch zu Recht bestehenden Bundesverfassung in Widerspruch zu gerathen; 2) daß es unzulässig sei, die auf der Bundesakte beruhenden Rechte und Pflichten von der Bundesverfassung zu unterscheiden, indem dieselben unzertrennlich sind, sich gegenseitig bedingen, und eine solche Unterscheidung derselben nur auf einer unrichtigen, die Formen zur Wesenheit erhebenden Auffassung des Begriffs der Bundesverfassung beruhen kann; daß sonach 3) alle aus der Bundesverfassung abzuleitenden Rechte und Pflichten, insofern sie sich nicht unbedingt auf die ursprüngliche Form des gemeinsamen Bundesorgans beziehen, daher unter den gegebenen Verhältnissen keine Anwendung finden, einen Gegenstand haben, und es 4) nicht genüge, den außerhalb des Bündnisses vom 26. Mai bleibenden Staaten ihre durch die Verträge gewährleisteten Rechte und Pflichten vorzubehalten, wenn dies Bündniß in seinen praktischen Folgen diese Rechte und Pflichten gefährdet. Wir müssen daher dringend wünschen, daß die von dem Herrn Staats-Minister von Bodelschwingh in seiner offiziellen Eigenschaft aufgestellten Grundsätze von dem königlichen Kabinete berichtigt werden mögen, da wir dieselben nicht zur Geltung gelangen lassen können. Ew. haben dem Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten eine Abschrift gegenwärtiger Depesche einzuhändigen und ihn zu ersuchen, seine höchste Regierung zur Berücksichtigung unseres gerechten Wunsches vermögen zu wollen. Empfangen 2c.

** Die Katastrophe in Ungarn. Original-Bericht von Ludwig Kossuth aus Widdin.

Schon vor einiger Zeit brachte die Breslauer Zeitung in einer Londoner Korrespondenz von einem ungarischen Emigranten die Mittheilung, daß ein Bericht Kossuth's an die Emigranten in London über die Katastrophe in Ungarn eingegangen wäre, und daß einer der Emigranten diesen Bericht in deutscher Sprache herausgeben werde. Wir haben dem Erscheinen dieser Schrift mit Spannung entgegengesehen. Ein Originalbericht von Kossuth über jene Katastrophe des 13. August, über jene Unterwerfung Görgey's, deren Kunde die Welt in Staunen setzte, die man weder begreifen noch glauben konnte, und die, als sie sich vollkommen bestätigte, noch immer die Zweifel zurückließ, ob sie ein Akt der Verrätherei oder die letzte Nothwendigkeit einer verlorenen Revolution gewesen ist! Bei der großen Entfernung, in der wir uns von dem Schauplatz des großen Dramas befanden und bei der Unlauterkeit der Nachrichten waren jene Zweifel eine ganz natürliche Erscheinung und außerdem trugen noch die divergirenden Parteistandpunkte dazu bei, das geschichtliche Ereigniß mit einem dunkeln Schleier zu umhüllen. Vier Monate sind seit jener Katastrophe verflossen, ohne daß wir jedoch etwas Authentisches über die letzte Ursache derselben erfahren hätten. Die vorliegende Schrift aus der Feder des Mannes geflossen, der die Seele der ungarischen Revolution gewesen, giebt uns endlich die längst gewünschte Aufklärung und ist auch noch in mancher andern Beziehung als ein höchst gewichtiges Geschichtsdokument zu betrachten. Wir wollen nun im Nachstehenden die Hauptmomente des Berichts den Lesern mittheilen.

Der Herausgeber des Kossuthschen Berichts bemerkt in dem aus London, 23. Novbr. datirten Vorworte, daß in den ersten Tagen des Oktober ein Engländer aus Widdin angekommen, der Pulsky einen Brief von Casimir Batthyani überbracht, in welchem dieser anzeigte, Kossuth habe ein langes, ausführliches Schreiben an ihn sicheren Händen anvertraut; dasselbe langte jedoch erst vor einigen Tagen an, und enthielt den Bericht, von Kossuths eigener Hand in ungarischer Sprache geschrieben. Er übergebe nun diesen Bericht dem deutschen Publikum in treuer Uebersetzung, mit Hinzufügung einiger erläutender Noten. Die Aechtheit des Berichtes zu bezweifeln, dazu haben wir keine Veranlassung, eben so wenig aber kann man die Bürgschaft dafür übernehmen, da der Herausgeber es für gut befunden hat, seinen Namen zu verschweigen. Daß er der radikal-revolutionären Partei unter der Emigration angehört, ist aus den Notrn zu ersehen, in denen er über Kossuth selbst strenges Gericht hält.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 287 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 8. Dezember 1849.

(Fortsetzung.)

Das Schreiben Kossuths ist datirt „Widdin, am 12. September“ und gerichtet „an die Gesandten und politischen Agenten in England und Frankreich.“ — „Unser armes unglückliches Vaterland ist verloren, — so beginnt das Schreiben — es fiel nicht durch die Stärke des Feindes, sondern durch Verrath und Niederträchtigkeit. O, daß ich das erleben mußte und noch nicht sterben darf! Ich habe Görgey aus dem Staube erhoben, damit er sich unsterblichen Ruhm, dem Vaterlande die Freiheit erringe. Und er ward Ungarns feiger Henker!“ — Hiermit ist gleich von Anfang herein jeder Zweifel über die Ursache der Katastrophe gehoben. Görgey war ein Verräther! Allein über die Motive dieses Verrathes, über den Preis, um den er sein Vaterland verrathen, darüber erfahren wir so gut wie Nichts. Längst schon, sagt Kossuth, ward Görgey von Vielen beschuldigt, daß er anmaßend nach der Diktatur strebe. Er, Kossuth, habe ihn darauf wiederholt angefragt, es ihm aufrichtig zu sagen, wenn er nach der höchsten Macht strebe; er selbst wolle ihm alsdann eine Partei bilden, aber eine Partei, welche das ganze Land sein soll. Er sei gern bereit, ihm den Kranz der Macht zu übergeben, der für ihn nur eine Dornenkrone sei, die selbst mit ihrem Ruhme ihn nur ängstige und drücke. Allein Görgey habe stets mit Schwüren betheuert, daß er nach keiner Macht strebe, und sich wie Kossuth nach dem Privatleben sehne. Gleich hier bemerkt der Herausgeber, daß diese Nachgiebigkeit Kossuth's als eine der vorzüglichsten Ursachen der späteren trauervollen Ereignisse betrachtet werden müsse; es habe Kossuth bei allem Seelenadel und aller Selbstverleugnung an jener Charakterstärke und Entschlossenheit gefehlt, die allein eine Revolution durchzuführen vermögen. — Im Lager selbst bildete sich eine Camarilla, so daß Aristokratismus und Volksfeindlichkeit immer tiefere Wurzeln im Heere schlugen. Kossuth sagt, jetzt bestimmt zu wissen, daß diese Camarilla von Görgey selbst ausgegangen sei. Damals habe er sich aus dieser soldateskaartigen Camarilla nicht viel gemacht, da er aus Erfahrung wußte, daß, so lange die Gefahr währt, die Gemeinsamkeit derselben vor allen Parteispaltungen schütze, und werde diese vorüber sein, er durch seinen Rücktritt jedes Zerwürfniß zu beseitigen beabsichtigte. — So standen die Dinge nach den Siegen von Iszaszegh, Waitzen und Sazlo, und Kossuth hielt Ungarn für so stark, selbst die Russen zu besiegen, oder doch wenigstens den Kampf so lange hinzuziehen, bis die europäische Diplomatie im Interesse des Friedens von Europa gezwungen wäre, durch eine Dazwischenkunft zu einem für Ungarn ehrenvollen Frieden zu verhelfen. Allein Görgey verstand nur zu siegen, doch nicht den Sieg zu benutzen; nach jedem Siege ruhte er aus, wie Hannibal bei Cannae. Jeder seiner Siege war ein taktischer, doch keiner hatte ein strategisches Resultat. Der Sieg von Komorn am 26. April, sagt Kossuth, konnte eine Schlacht von Marengo werden, wenn Görgey das 3 Stunden vom Kampfplatz unthätig stehende Armeecorps Gaspars in den Kampf gezogen und den Feind verfolgt hätte. Doch benutzte er seinen Sieg nicht, sondern gönnte Oesterreich Zeit zur russischen Intervention. Kossuth hielt das damals an Görgey für einen Fehler, doch wollte er ihn der Armee entziehen, so hieße das ihm auch das Siegesbewußtsein rauben; so unbegränzt war die Anhänglichkeit des Heeres an Görgey. — Kossuth machte indeß Versuche, einem andern Führer den Oberbefehl der Armee zu übertragen, weil er Görgey eben für einen unerfahrenen Feldherrn hielt, der, wie er selbst eingestand, mehr organisirendes als strategisches Talent besitzt. Damianich ward zum Feldherrn und Görgey zum Kriegsminister ernannt. — Es folgen nun die Mittheilungen, die zur Zeit auch von den Zeitungen gemeldet wurden, wie Görgey einen Vorwand nach dem andern benutzte, um bei der Armee bleiben zu können. Unterdeß erfolgte die russische Invasion, und die Idee einer Pacifikation mit Rußland drang unvermuthet aus der Umgebung Görgey's ins Publikum. — Die russische Invasion, sagt der Bericht, fand Ungarn aufs Vollkommenste gerüstet, ja die Nation war gegen die kombinirte österreichisch-russische Macht mehr gerüstet, als im vorigen Jahre gegen Oesterreich allein, und der Sieg konnte nicht zweifelhaft sein. Eine Armee von 141,000 Mann auf dem Schlachtfelde, die Festungen reichlich mit Garnisonen versehen, neue Bataillone in Errichtung, die Reserve-Escadronen von 19 Kavalerie-Regimentern stets komplett, die Waffenfabriken und Pulvermühlen in ununterbrochener Thätigkeit, Spitäler, die 20,000 Kranke verpflegen konnten, und die Festungen auf lange Zeit hin verproviantirt. — Den Ungarn gegenüber standen 80,000 Oesterreicher, 140,000 Russen und Jellachich mit der Südarmee von 40,000 Mann. Die Aufgabe war, den Feind einzeln zu schlagen, und Kossuth entwarf nun mit Görgey's Zustimmung den Kriegsplan, der im Wesentlichen dahin ging, den Russen zunächst nur den Marsch zu erschweren, sich aber in keine Hauptschlacht mit ihnen einzulassen, die Oesterreicher dagegen in einer entscheidenden Schlacht zu schlagen und nach Wien zu rücken. Gelinge dies nicht, den Krieg nach Galizien hinüberzuspielen, und im schlimmsten Falle mit 50,000 Mann über Fiume und Steiermark nach Italien zu dringen, daselbst mit Hülfe der befreiten Italiener und dem ungarischen Theile der Armee Radetzky's ins Vaterland zurückkehren. „Dies Letztere — heißt es in dem Berichte — ist eine Conception, die in ihren Folgen schauderhaft großartig werden konnte.“ — Görgey handelte aber nicht nach dem entworfenen Plane, sein Verrath trat deutlicher hervor, und ein Regierungs-Kommissar wurde abgeschickt, ihn abzuberufen. Er aber improvisirte eine Militärrevolte in Form eines Kriegsraths, die ihn zur Fortsetzung des Kommandos zwingen sollte. In Folge dessen nannte er sich auch seither „Heerführer“, nicht auf Anordnung des Ministeriums, sondern laut Wahl des Offizierkorps.

Der Bericht giebt nun detaillirte Mittheilungen über die weiteren Kriegsereignisse, die sich auszugsweise nicht gut behandeln lassen. Genug, daß die Armee durch das verrätherische Benehmen Görgey's immer mehr demoralisirt wurde und den Frieden um jeden Preis wünschte. Görgey ließ endlich die Maske fallen, spielte offen den Diktator und Kossuth gesteht, daß er dann ohnmächtig und allein war. „Mir selbst — sagt er — blieb nur die Wahl zwischen der Ruhe des Todes und den fürchterlichen Qualen der Heimatlosigkeit. Zu ersterem drängte mich der Ekel eines unglückbeladenen, der Freude fast fremden Lebens; bei letzterem befahl mir die Pflicht als Patriot, Christ und Familienvater in Ueberlegung zu ziehen, daß wir eben auf dem höchsten Punkte des Unglücks bemüht sein müssen, Etwas für unser Vaterland im Wege der Diplomatie zu thun, damit es einige Elemente des Lebens für künftige Zeit bewahre. Für diese Vermittelung ist England das einzige Feld der Thätigkeit. Daher wählte ich also die Verbannung und betrat den türkischen Boden mit dem Vorsatz, von da nach London zu eilen.“

Nach diesem Berichte über die Katastrophe selbst, wendet sich Kossuth an die Agenten, daß sie alle Hebel in Bewegnng setzen, um für das Vaterland zu wirken, da die angestrengteste Thätigkeit jetzt nöthiger sei als je. Das Wesentlichste in seinen Ansichten hierüber ist, daß dahin gestrebt werden müsse, Ungarn irgend ein Element des Staaslebens für künftige Zeit zu erhalten. Denn wenn die Unterjochung Ungarns vollendet und es in der österreichischen Centralisation aufgegangen ist, dann werde es Europa, nach alter Gewohnheit, als ein fait accompli hinnehmen. Die Agenten werden demgemäß aufgefordert, die in der Sympathie des englischen Volkes liegende moralische Kraft zu benutzen, Meetings zu veranstalten, mit Cobden zu sprechen, sich mit dem Kabinet zu verständigen, bei dem Parlamente petitioniren zu lassen, „damit England dazwischen trete und durch Aufrechthaltung der selbstständigen Verfassung Ungarns Oesterreich gegen Rußland entkräftige.“ — Auch die Berücksichtigung des osmanischen Reichs verlange die Intervention Englands, denn der Türke fühle es instinktmäßig, daß mit dem Sturze Ungarns auch der seinige verbunden sei. Der Pascha von Belgrad habe Thränen über den Fall Ungarns vergossen und seine europäischen Besitzungen zum Kaufe ausgeboten, erklärend, daß er voraussehe, wie der Osmanen Verbleiben in Europa kaum noch zwei bis drei Jahre währen könne. Zum Schlusse bittet Kossuth noch die englische Regierung um die Gnade, sich bei der österreichischen Regierung dafür zu verwenden, daß seine Frau und seine Kinder nach England auswandern dürfen.

♉ **Wien**, 4. Dez. [Theilnahme am Christkatholizismus. — Radetzki.] Eine nicht bedeutungslose Wahrnehmung ist die wachsende Theilnahme des kleinen Bürgerthums und der arbeitenden Klassen am Deutschkatholizismus, welche sich unter den gedrückten Zeitverhältnissen nur in geräuschloser Weise kundzugeben vermag, aber deshalb nicht minder weitgreifend erscheint. Am deutlichsten tritt der Umfang der neuen Sekte bei Beerdigungen ans Licht, indem die Zahl jener Leichenbegängnisse, die ohne kirchliche Ceremonie in der Stille vor sich gehen, täglich zahlreicher werden. Freilich wirkt hierbei der Umstand mit, daß dadurch die Leichentaxe für den katholischen Priester umgangen wird, allein dies giebt zuletzt doch keinen Ausschlag, weil es vollkommen gleichgültig ist, ob der Anstoß zum Abfall von der alten Kirche ein äußerlicher oder innerer sei; nicht wenige Menschen werden erst durch äußere Gebrechen einer Institution auf deren innere Mängel aufmerksam gemacht, indem sie von der Ansicht ausgehen, daß jene nicht ohne diese bestehen könnten. — Aus guter Quelle geht uns die Nachricht zu, daß der glorreiche Retter Oesterreichs, der Heldenmarschall Radetzki bei Sr. Majestät dem Kaiser seine Entlassung eingereicht habe und in den Ruhestand zu treten wünscht. Als seinen Nachfolger in dem wichtigen Posten eines Statthalters im lomb. venet. Königreich hat er dem Monarchen den Feldzeugmeister Baron Heß empfohlen, als den Mann, der dieser für die Zukunft wichtigen Aufgabe vollkommen gewachsen sei. Als die Ursache dieses auffallenden Schrittes wird in militärischen Kreisen die einflußreiche Stellung bezeichnet, die der Graf Grünne als Chef der am Hoflager fungirenden Militär-Central-Kanzlei besitzt und welche schon den Kriegsminister Graf Giulay bewog, seinen Abschied zu fordern. Graf Radetzki hat auf einige Vorschläge in Militärsachen, besonders in Betreff der Auszeichnung der k. k. Oberärzte einen verletzenden Bescheid erhalten, der mit den Erfahrungen und den Verdiensten des trefflichen Feldherrn in keinem passenden Verhältnisse steht, doch läßt sich vielleicht ein Ausweg der Vermittelung finden, um den bevorstehenden Rücktritt des wackern Marschalls zu verhindern.

* **Wien**, 4. Dezbr. [Befürchtungen.] Die Stellung, welche die kaiserliche Observations-Armee in Böhmen eingenommen, hat selbst auf der Börse, allwo man unter den jetzigen Umständen jede kriegerische Demonstration für eine Unmöglichkeit erklärt, einen starken Eindruck gemacht. Schon vor einigen Tagen, als es hieß, diese Armee habe Marsch-Befehl erhalten, war man nicht wenig stutzig. Seitdem versichert man in gutunterrichteten Kreisen, der politische Zustand im Königreich Sachsen sei so bedenklicher Natur, daß man stündlich einer Aufforderung gewärtig sei, zur Aufrechthaltung der Ruhe österreichische Hülfstruppen nach Sachsen zu schicken. In den diplomatischen Salons will man hierüber Gewißheit haben, daß eine neue Demonstration der Demokraten in Sachsen unausweichlich obige Folgen haben würde.

N. B. **Wien**, 4. Dezember. [Tagesbericht.] Gestern Morgen ist Se. Majestät nach Holitsch auf die Jagd abgegangen und am Abend wieder in die Hofburg zurückgekehrt. — Der kgl. baierische Minister Graf Luxburg sammt Familie und der kaiserl. russische Flügeladjutant v. Paniutine sind hier angekommen. — Heute war eine außerordentliche Banksitzung. Wahrscheinlich wird morgen der erwartete Monatsausweis pro November bekannt gemacht werden. Man weiß jedoch bereits, daß der Silbervorrath in Folge der Zuflüsse aus dem sardinischen Anlehen sich um 5 Mill. Fl. vermehrt, dagegen der Notenumlauf um einige Millionen verringert hat. — Die Lynchjustiz greift in Galizien auf bedauerliche Weise um sich. Ein einziges Dominium im Tarnower Kreise hat 17 Untersuchungen über Mordthaten, welche durch eigenmächtige Justiz der Bauern an Dieben begangen wurden, zu bestehen gehabt. — In der Umgebung von Raab hat ein Bauer zwei Gensd'armen mit der Holzaxt erschlagen. Er wurde standrechtlich hingerichtet. — Die in Ungarn liegenden Güter des in London befindlichen Grafen Batthyany sind mittelst eines Leibrentenvertrags an das Großhandlungshaus M. L. Biedermann und Comp. übergegangen, das dabei ein sehr glänzendes Geschäft gemacht haben soll. Dasselbe übernimmt schon jetzt die Verwaltung jener Güter. Die 4½ prozentigen Partial-Obligationen des auf dieselben aufgenommenen Anlehens stehen 65, d. i. 35 Prozent unter Pari. — Man bemerkt eine große Konkurrenz von Herrschaftsbesitzern in Aufnahme von Geldanlehen. Auch größere und kleinere Herrschaften werden fortwährend zum Verkaufe angeboten und das neueste Wiener Intelligenzblatt bietet unter anderen zwei Herrschaften im Kaufpreise von 2½ und 1¼ Mill. Fl. K.-M. an. — Nach neueren Nachrichten aus Konstantinopel vom 21. Nov. zufolge waren die verschiedenen Flotten auf folgende Weise stationirt. Die englische bei Besika, sowohl in Folge einer Konferenz des Herrn Canning und Herrn Titof, als wegen der eintretenden Witterung. Die französische bei Durlac; die russische, die keineswegs auf den Friedensstand gesetzt wird, bei Sebastopol. Auf den Schiffswerften von Cherson und Nikolajew werden Kanonenböte (Schaluppen) und Transportschiffe gebaut. Es wurden neulich Truppen nach Kaukasien und Georgien abgeschickt.

N. B. **Wien**, 5. Dezember. [Tagesbericht.] FZM. Jellachich hatte gestern eine mehrstündige Audienz bei Sr. Maj. dem Kaiser, welcher auch der Kriegsminister und der Konseilspräsident beiwohnten. — Dr. Schweizer hat die Redaktion der Wiener Zeitung übernommen. — Minister Bach ist von einem leichten Unwohlsein befallen. — Vor einigen Tagen

sind Kossuth's Mutter und seine beiden Schwestern, Frau v. Meßlenyi und Frau v. Ruttkay, die bekanntlich zu Ofen in Gewahrsam gehalten wurden, so wie auch der Gatte der letztern, Hr. v. Ruttkay, der sich im Pesther Neugebäude in Untersuchungshaft befand, auf freien Fuß gesetzt worden. — Gestern hat sich hier folgender traurige Fall ereignet. Um 9 Uhr Morgens sollte von Seite des Wechselgerichts die exekutive Feilbietung der Effekten eines in der Stadt wohnenden bürgerlichen Handelsmannes J. G. stattfinden. Der dazu abgeordnete Kommissär fand jedoch die Wohnung verschlossen und mußte sie durch einen Schlosser öffnen lassen. Aber welch' ein Anblick bot sich den Eintretenden dar! Man fand beide Gatten mit dem Tode ringend in ihrem Bette, die unverkennbaren Symptome genommenen Giftes an sich tragend. Der Mann war schon dem Verscheiden nahe, dagegen gelang es, die Frau durch schnelle ärztliche Hilfe wieder ins Leben zurückzurufen. — Durch Ministerialerklärung des Ministeriums des Aeußern wird über Zurücksendung der auf gegenseitigem russischen oder österreichischen Gebiet sich unbefugt aufhaltenden Israeliten folgendes bestimmt: 1) Die Israeliten, welche russ. Unterthanen sind und ohne eine regelmäßige Erlaubniß oder irgend eine gesetzmäßige Ermächtigung sich nach Oesterreich begeben haben, oder deren Pässe oder sonstige Reiseurkunden wegen Ermangelung ihrer innerhalb der vorgeschriebenen Zeitfrist geschehenen Erneuerung nicht mehr als giltig befunden werden, sollen nach Rußland zurückgesendet werden. 2) Dieselben werden jedoch nur in so fern wieder zugelassen werden, als ihre Eigenschaft als russ. Unterthanen gehörig dargethan und ihre Abwesenheit sich nicht über 5 Jahre verlängert haben wird. 3) Diese Frist von 5 Jahren wird von der Zeit zu rechnen sein, als die unbefugte Abwesenheit des in Frage stehenden Individuums begonnen haben wird. Die Verjährung wird jedoch durch die erste Anzeige der österreichischen Behörden an die russischen über ihre Absicht, den Ueberläufer zurückzusenden, unterbrochen. Die Zeit, welche alsdann zur Konstatirung seiner Nationalität verstreichen wird, soll bei der Berechnung der 5 Jahre nicht mitbegriffen werden. 4) Die vorerwähnten Verfügungen werden ebenfalls auf jene Israeliten ihre Anwendung finden, welche unbefugter Weise vor dem Austausche der gegenwärtigen Erklärung ihr Vaterland verlassen haben. 5) Die Verjährung von 5 Jahren wird sich auf jene Israeliten nicht erstrecken, welche, bevor sie die Grenze überschritten, ein Verbrechen oder sonst ein sträfliches Vergehen begangen haben, und es versteht sich, daß dieselben auf das erste Ansuchen und ohne Rücksicht auf die Dauer ihres Aufenthaltes im Auslande ausgeliefert werden. — In böhmischen Blättern wird die von Seite der Olmützer Diözese erfolgte Verurtheilung eines 70jährigen Pfarrers zu lebenslänglichem Kerker lebhaft besprochen. Nach der gestellten Angabe bestand sein Vergehen in einer Anklage eines seiner Vorgesetzten. — Die Berufung des als publizist. Schriftsteller bekannten Dr. Philipps aus München zum ordentlichen Professor des gemeinen Kirchenrechts und der Rechtsgeschichte an die Universität zu Innsbruck wird heute offiziell angezeugt. — Sowohl in Herrmannstadt als in Klausenburg sind neuerdings mehrere kriegsrechtliche Urtheile gefällt worden. — In dem Fall, daß in der Schweiz die konservative Partei unterläge, und nicht ein tüchtiges, leicht auszuführendes Asyl- und Flüchtlingsgesetz geschaffen würde, werden, der „Oesterreichischen Reichszeitung" zufolge, die Nachbarstaaten binnen Kurzem zu jenen ernsten Mitteln schreiten müssen, welche die Pflicht der Selbsterhaltung gebieterisch von ihnen fordert. — Das Finanzministerium hat bekannt gemacht, daß die von dem Kaiser unterm 20. Juni d. J. gewährte Begünstigung, wonach allen Besitzern österreichischer Staatsschuldverschreibungen freigestellt werde, mit der Baarzahlung ihrer fälligen Zinskoupons, Ausfertigung von 5prozentigen Staatsschuldverschreibungen zu verlangen, auch bei den neuen 4½prozentigen Obligationen Anwendung finde.

*** Breslau, 7. Dez.** Die neueste Wiener Post (vom 6. Dez.) ist ausgeblieben.

Frankreich.

⨯ Paris, 4. Dezember. [Tagesbericht.] In dem nicht offiziellen Theil des Moniteurs ist heute folgende Note zu lesen: „Man hat das Gerücht eines Zwiespalts zwischen dem Präsidenten der Republik und dem Ministerium in Betreff der Getränksteuer verbreitet. Dieses Gerücht hat nicht mehr Begründung, als alle anderen, welche Uebelwollende über die Spaltungen des Kabinets gern zu verbreiten suchen. Es ist niemals die Rede davon gewesen, die Gesetzesvorlage über die Getränksteuer zurückzuziehen." — Hiermit sind denn nun alle Gerüchte von ministeriellen Modifikationen, die immer mehr Censistenz gewannen, auf einmal abgeschnitten. — Die zwei großen Bankets, welche am 10. Dezember stattfinden sollen, beschäftigen die politische Welt gar sehr. Es scheint das Uebereinkommen getroffen zu sein, daß der Präsident der National-Versammlung, der das eine Bankett giebt, diejenigen Personen einladet, deren politische Stellung es nicht zuläßt, daß sie dem Bankett im Stadthause beiwohnen. Die Freunde des Generals Cavaignac sollen diesen verpflichtet haben, keine Einladung anzunehmen. Der Präsident der Republik selbst wird einige Tage nach dem 10. ein großes Diner geben. — Die Einladungen zu dem Balle im Stadthause werden stark nachgesucht. — Von Interesse ist eine Korrespondenz aus Mailand in der heutigen Nummer der „Patrie". Es heißt darin: „das Land ist immer noch in Aufregung; viele junge Leute, welche der Konskription ausweichen wollen, befinden sich auf der Flucht. Wie es heißt, wollen die Oesterreicher 20,000 Mann ausheben, die zu der Böhmischen Armee abgeschickt werden sollen. In mehreren Städten hat es Unruhen gegeben; die Rekrutirungs-Beamten wurden fortgejagt. — Der Sitz der Regierung wird nicht in Verona verbleiben können. Erst liebt Radetzki diese Stadt nicht und sodann finden die Beamten auch keine Wohnungen. Man vermuthet daher, daß der österreichische Generalstab vom 1. Januar ab sich wieder im mailändischen Palais einfinden werde. — Ueber fremdes Eigenthum wird von der Regierung mit der beispiellosesten Willkür verfügt. Die Stadt ist in Folge der Abwesenheit der reichen Einwohner sehr düster; das Gouvernement hat diesen Familien aber einen Termin zur Rückkehr festgesetzt, und ihnen angezeigt, daß wenn sie nicht Folge leisten, ihre Wohnungen zu Kasernen werden eingerichtet werden. Venedig ist in einer bessern Lage. Man genießt daselbst eine gewisse Freiheit und erhält sogar französische Journale. Auch der Handel fängt wieder an sich zu heben."

Lokales und Provinzielles.

*** Breslau, 7. Dezbr.** [Störung des Verkehrs mit Wien.] Heute sind die Wiener Posten vom 4. und 5. Dezember hier eingetroffen. Ueber die Störungen des Verkehrs geben die amtlichen Bülletins in der Wiener Zeitung Aufschluß. Unter dem 5. Dezember wird von der Nordbahn-Direktion gemeldet: „Gestern Abend erhob sich im Marchfelde ein so starker Wind, daß die Bahn zwischen Wagram und Angern verweht wurde. — Der gestrige Postzug und der heutige Frühzug konnte deshalb nicht abgesendet werden, und es trafen auch die Züge hier nicht ein. — Telegraphischen Nachrichten zu Folge, die heute um 12½ Uhr Nachmittags eingelaufen sind, ist die Bahn zwischen Angern und Gänserndorf wieder fahrbar, bis Wagram jedoch noch nicht; es steht jedoch zu vermuthen, daß die Bahn heute noch frei wird, und sonach, wenn nicht neue Hindernisse eintreten, der heutige Postzug Abends 7½ Uhr abgehen kann und auch die auswärtigen Trains hier eintreffen werden." — Ob dieser Postzug dennoch später abgegangen oder auf neue Hindernisse gestoßen ist, bleibt uns ungewiß, er ist einen vollen Tag zu spät in Breslau eingetroffen. Der Postzug vom 6. fehlt noch. Verladungen von Frachtgütern nach Wien sollen gegenwärtig hier nicht stattfinden, sondern nur bis diesseits Lundenburg geschehen.

† Breslau, 7. Dezember. [Polizeil. Nachr.] Vom 1. bis 2. d. wurden von einem mittelst Nachschlüssel geöffneten Boden des Hauses Nr. 1 in der Reuschen Straße 20 Pfund Zimmt entwendet, dagegen andere in derselben Kammer gelagerte Kolonial-Waaren unberührt gelassen.

Am 2. d. wurde aus einer unverschlossen und aufsichtslos gewesenen Küche in dem Hause Nr. 4a in der neuen Schweidnitzer Straße eine silberne Taschen-Uhr, auf deren Deckel der Name Schwelle in goldener Schrift befindlich war, gestohlen.

Seitens der hiesigen Stadtbau-Deputation werden vom 3. bis incl. 8. d. M. bei öffentlichen Bauten beschäftigt: 8 Zimmergesellen und 119 Tagearbeiter.

Breslau, 6. Dezbr. [Vorversammlung der Krakauer Eisenbahn-Aktionäre.] Herr Justiz-Rath Gräff, Direktions-Mitglied genannter Eisenbahn, hatte eine Vorversammlung zu der am 21. d. M. in Krakau stattfindenden außerordentlichen General-Versammlung ausgeschrieben. Zweck dieser Vorversammlung war, die hiesigen Aktionäre von der Lage der Sache zu unterrichten: 1) daß laut § 34 des Statuts die Direktion eigentlich schon vom 1. Juli 1849 hätte nach Krakau übersiedeln müssen, jetzt das österreichische Gouvernement kategorisch verlange, daß die Verwaltung am 1. Jannar 1850 an in Krakau wohnende Aktionäre abgegeben werde; 2) daß die österreich. Regierung dem Pachtvertrag mit der oberschles. Eisenbahn die fernere Genehmigung versagt habe und daß demgemäß vom 1. Januar ab auch der Betrieb in eigene Verwaltung genommen werde. Es frage sich nun, ob die Breslauer Aktionäre unter solchen Verhältnissen nicht besser zum Verkauf dieses Unternehmens an die Nordbahn event. an das österreichische Gouvernement geneigt sein möchten. Diese Frage erregte jedoch eine Debatte, nach welcher beschlossen wurde, sich lediglich den vom Vorsitzenden vorgetragenen Berliner Beschlüssen anzuschließen, und Hrn. Justiz-Rath Gräff mit der Ausführung derselben zu beauftragen. — Den Ernst der Verhandlung unterbrach eine Mittheilung des Vorsitzenden, nach welcher die hiesigen Aktionäre erfuhren, daß sie in einer kleinen Provinzialstadt des Herzogthums Sachsens Leidensgefährten haben, indem Naumburg sich mit 200,000 Rthl. bei diesem Unternehmen betheiligt habe, während in Krakau etwa 30,000 Rthl. Aktien vertreten seien. Diese Mittheilung erregte allgemeine Heiterkeit. — Herr Justiz-Rath Gräff wird sich nun nach Wien begeben, um dem österreichischen Handelsministerium den Vorschlag zu machen, 4½ pCt. Metalliques und zwar 150 Fl. für jede Stamm-Aktie zu geben. Ob aber es möglich sein wird, in der sehr kurzen Zeit bis zur General-Versammlung und dem bevorstehenden Termine der Uebergabe an die Krakauer Verwaltung, diese Unterhandlungen zu Ende zu bringen, wird die nächste Zeit lehren.

§ Breslau, 7. Dez. [Achte Sitzung des Schwurgerichts.] Vor den Schranken erscheint der Gerichtscholz Göllner aus Domslau, er ist wegen Majestätsbeleidigung in Anklagezustand versetzt. Das Geschwornen-Personal besteht aus den Herren: Gabisch, E. Elsner, H. Menzel, J. Wohlauer, L. Müller, A. Jäkel, H. Nährig, G. Gimmler, A. Schubert, A. Grempler, A. Scholz, v. Dreski; zu Stellvertretern sind die Herren Konrad und K. Hoffmann designirt. Der Angeklagte beantwortet die Fragen des Präsidenten über seine persönlichen Verhältnisse folgendermaßen: Ich bin 40 Jahre alt, durchaus unbescholten und ernähre mich von dem Ertrage eines kleinen Bauergutes. Ebenso erklärt er sich in dem vorliegenden Anklagefall für unschuldig. Die Untersuchung beginnt mit dem Vorlesen der Anklageschrift durch den Gerichtsschreiber. Nach derselben hat ꝛc. Göllner vor seinem Schwager, dem Gastwirth Vogel und dessen Sohn Gottfried die Aeußerung gethan: „Es könne nicht eher besser werden, als bis der König, seine Minister und die ganze Rechte gehängt wären. Das Volk sei majorenn und könne den König aus seiner eignen Mitte wählen. Tauge dieser nicht, so werde er fortgejagt." Auch soll der Angeklagte derartige Reden häufig wiederholt und sich für Einführung der Republik ausgesprochen haben, namentlich bei Gelegenheit einer großen Volksversammlung in Domslau. Der Angeschuldigte behauptet, er stehe mit seinem Schwager, welcher als Hauptbelastungszeuge auftreten würde, in feindschaftlichem Verhältniß. Bei der Bewerbung um das Schulzenamt habe Vogel mit ihm konkurrirt, später hätten sie in einem Injurienprozeß gestanden, der nur durch fremde Vermittelung beigelegt wurde. Die Vernehmung der beiden Belastungszeugen Vogel lieferte kein anderes Resultat, als die Bestätigung der Angaben, auf welche die Anklage sich gründet. Der Gastwirth Vogel räumte ein, mit dem Angeklagten in Feindseligkeit gerathen zu sein, doch versichert er, daß dieser Umstand seine Aussagen in keiner Weise bestimme. Der außerdem als Zeuge vorgeladene Gensdarm Köhler weiß nichts zu bekunden, als was ihm durch Mittheilungen Anderer von dem Vorgange bekannt geworden. Von der oben erwähnten Aeußerung bei der Volksversammlung in Domslau erklären die Zeugen nicht unterrichtet zu sein. Vielmehr behaupten die Zeugen Vogel, die inkrimirte Aeußerung sei nur in ihrer Gegenwart und zwar in ihrer Behausung geschehen. Die Vertheidigung verzichtet daher auf die Vernehmung der von dem Angeklagten vorgeschlagenen Entlastungszeugen. Herr Staatsanwalt Meyer findet das Zeugniß des älteren Vogel für nicht ganz zuverlässig, legt aber auf die Aussagen des jüngeren Vogel ein bedeutendes Gewicht und beantragt daher gegen den Angeklagten das Schuldig auszusprechen. Der Vertheidiger, Herr Ref. Friedensburg, ficht die Glaubwürdigkeit beider Zeugen an. Der ältere Vogel sei als Denunziant aufgetreten und als glaubwürdig befunden worden, während er doch selbst bereits, wie die Akten ergeben, eine Kriminal-Untersuchung erfahren und offen eingestanden habe, daß er einen Haß gegen den Angeklagten hege. Es wäre unnatürlich, wenn der Sohn den Aussagen des Vaters widerspräche, ein inneres Gefühl treibe ihn dazu, dem Vater beizustimmen. Wolle man aber dennoch die Wahrheit der zu gravirenden Zeugenaussagen anerkennen, so werde jeder Leidenschaft Thür und Thor geöffnet werden; das Wesen der Denunziation mache es einem Jeden möglich, seinen Feind durch irgend eine falsche Angeberei auf die Anklagebank zu versetzen. Im Interesse der ganzen bürgerlichen Gesellschaft fordere daher die Vertheidigung die Freisprechung des Angeklagten. Die Staatsanwaltschaft replizirte dagegen, die Bestrafungen der Majestätsbeleidigung hätten bisher ein günstigeres Resultat geliefert als das, welches der Vertheidiger in Aussicht stellt. Das Vergehen der Majestätsbeleidigung habe sich mit jeder Session der Geschwornen vermindert und für die nächste Sitzung liege kein Fall dieser Art vor. Die vom Präsidenten beliebte Fragestellung wurde von der Staatsanwaltschaft angefochten, weil sie sich fast nur auf die äußere Thatfrage und nicht auch auf die Schuldfrage bezog. Nach der Entscheidung des Gerichtshofes lautete die Frage:

> Ist der Angeklagte schuldig, durch die betreffende Aeußerung das Oberhaupt des Staates in seiner Würde persönlich beleidigt zu haben?

Die Geschwornen sprachen das „Nicht schuldig" aus. Es erfolgte daher auch die richterliche Freisprechung des Angeklagten.

Der zweite Anklagefall, welcher heut zur Verhandlung kommen sollte, mußte wegen genügend entschuldigter Abwesenheit eines der vier vorgeladenen Inkulpaten vertagt werden.

§§ Breslau, 7. Dezbr. [Die Jahresfeier der preußischen Verfassung] wurde gestern von den Mitgliedern der konstitutionellen Ressource durch ein gemeinschaftliches Abendessen begangen. Herr Stadt-Rath Scharff hatte in Abwesenheit des Präsidenten den Vorsitz übernommen und leitete das Fest mit einem Toast auf Se. Majestät den König ein. Die Versammlung erhob sich, um in das dreimalige Hoch, mit welchem der Redner seinen Vortrag schloß, einzustimmen. Von der Tribüne erschallte eine fröhliche

Tischmusik, während im Saale der prächtige Humpen des Klempnermeister Vogt die Runde machte. Unter Begleitung des Orchesters wurde die National-Hymne und „das Lied von der Majestät“ abgesungen. Hierauf brachte der Oberst-Lieutenant v. Hülsen ein Hoch auf den Prinzen von Preußen aus, dessen erhabene Persönlichkeit der Redner als die hehre Hoffnung Preußens für die Zukunft bezeichnet. Herr Steuer-Sekretär Voigt schilderte in Versen die trübseligen Ereignisse des vorigen Jahres und schloß mit einem Hoch auf den König und das Vaterland. Herr Assessor Fürst erinnerte an den rettenden Augenblick, in welchem die Verfassung vom Könige ertheilt wurde. Sein Hoch galt der preußischen Konstitution vom 5. Dezember. Herr Direktor Wissowa verweist auf das Verdienst der Minister, denen anfänglich selbst die Besten mit Besorgniß entgensahen, deren Energie es aber gelungen ist, nicht nur die Ordnung im Staate wieder herzustellen, sondern auch die wahren Freiheiten und Errungenschaften des Volkes zu wahren. Namentlich gebühre jenen Männern der wärmste Dank für ihr Vorschreiten auf dem muthig betretenen Wege zur Einigung des deutschen Vaterlandes. Der Redner schloß mit einem Hoch auf das Ministerium Brandenburg-Manteuffel-Strotha. Nachdem Herr Kampe ein humoristisches Lied vorgetragen hatte, ergriff Hr. Sternaux den silbernen Pokal, welcher im Saale von Hand zu Hand ging, um einen Toast auf das preußische Heer auszubringen. Zahlreiche Toaste auf die Ressource, deren Vorstand und andere Persönlichkeiten folgten nun in bunter Reihe. Bis um Mitternacht wechselte Gesang mit erheiternden Vorträgen der Herren Scharff, Voigt, Warnke und Wissowa. Zwei vom Herrn Rektor Kämp gedichtete Festlieder wurden an die Gäste vertheilt und fanden allgemeinen Beifall.

Liegnitz, 6. Dezbr. Die hiesige königl. Regierung (so meldet die Silesia) hat die auf den Gasthofbesitzer Bartsch und Apotheker Werner gefallene Wahl zu Senatoren nicht bestätigt.

*** Hirschberg, 6. Dez.** [Veteranenverein und Major Krause. — Tollwuth. — Christkatholische Angelegenheit.] Eine neue Erscheinung, ein Plakat an den Straßenecken. Es betrifft dieses Plakat die, in einer gestrigen Korrespondenz erwähnte Adresse des Veteranenvereins, welche in Nr. 279 der „neuen preußischen Zeitung“ abgedruckt ist. „Abschaffung der Konstitution“ und „Aufhebung der Volksvertretung“ wird darin verlangt und Se. Maj. der König, weil er ein konstitutioneller, für einen „König von Pöbels Gnaden“ erklärt und für „einen Todtengräber der Schöpfung des Hauses Hohenzollern,“ „falls er nicht ablasse, das Volk mit einer Konstitution heimzusuchen.“ Das Publikum wurde gestern in Nr. 97 des Boten besonders auf diese Adresse aufmerksam gemacht, weßhalb oben erwähntes Plakat erschien. Dasselbe lautet: „Die Nr. 279 der neuen preußischen Zeitung enthält eine Adresse, welche der Hirschberger Verteranen-Verein an Se. Maj. den König gerichtet haben soll. **Ich erkläre hiermit, daß der Hirschberger Veteranen-Verein von dieser Adresse keine Kenntniß hat,** und daß ich die feste Ueberzeugung habe, es werde nie ein Mitglied des hiesigen Veteranen-Vereins einer Adresse beitreten, noch weniger eine solche abfassen, welche alle Achtung vor Sr. Maj. dem Könige gänzlich aus den Augen setzt. Hirschberg, 4. Dezember 1849. — Der Vorstand des Veteranen-Vereins im Hirschberger Kreise. — Krause, Major a. D.“ — Leider muß ich Ihnen auch einen Unglücksfall mittheilen. Vor mehreren Wochen entsprang einem hiesigen Fleischer (Nauke) ein Hund, offenbar in einem Anfalle von Tollwuth. Ein Mann in Hermsdorf unter dem Kynast hatte ihn aufgefangen, geschlachtet und verzehrt. In Folge dessen ist der Unglückliche an der Tollwuth gestorben. — In Folge der gestern gemeldeten Suspendirung des christkatholischen Predigers Vorwerk durch den Vorstand wird die Aeltesten-Versammlung beim Provinzial-Vorstand um eine Kommission zur Untersuchung der sehr mißlichen Angelegenheit nachsuchen.

□ **Ratibor, 6. Dezbr.** [Unglücksfall.] Auf dem österreichisch Oderberger Bahnhofe ereignete sich gestern folgender traurige Fall. Jemand, der eben im Begriff war, mit der geladenen Flinte herauszugehen, um eine Krähe zu schießen, begegnet einem Kinde. Aus Scherz sagt er, gehe weg, oder ich schieße! Der Hahn war bereits gezogen und das Unglück wollte, daß die Flinte losging und das Kind (ein Mädchen) getroffen halb todt niederstürzte und auch bald darauf den Geist aufgab.

Rosenberg, 3. Dezbr. [Verkehr. — Krawall im Gefängnisse.] Endlich sind wir wieder aus unserer unfreiwilligen Abgeschiedenheit von der übrigen ganzen civilisirten Welt erlöst. Die dichten Schneemassen, mit welchen uns der Himmel in den letzten Tagen überschüttet hat, sind nun doch wenigstens in so weit etwas bewältigt worden, daß jetzt wieder der Postverkehr in geregelter Weise möglich ist. — In der vergangenen Woche gab es eines Abends in dem hiesigen Gefängnisse unter den Gefangenen etwas Krawall. Wie es heißt, hatten sie sich Branntwein zu verschaffen gewußt, dessen Genuß sie etwas zu heiter gestimmt hatte und endlich auch das Verlangen nach Freiheit in ihnen rege machte. Sie versuchten dieses Verlangen gewaltsam auszuführen, doch gelang es der herbeigerufenen Wachtmannschaft bald — wiewohl nicht ohne einige Gewaltmaßregeln — sie zu bewältigen und an ihrem Vorhaben zu behindern. (Telegr.)

Mannigfaltiges.

— Der ehemalige Polizei-Präsident v. Minutoli hat die Zeit seiner Inaktivität zu wissenschaftlichen Forschungen in dem ehemals hohenzollerischen Haus- und Staats-Archiv der Plassenburg, jetzt in Bamberg, verwendet, und es ist aus ihnen eine reiche Sammlung (535 Seiten) von Urkunden zur Charakteristik des Markgrafen Albrecht Achilles hervorgegangen. Herr v. Minutoli hat einen Theil dieser Quellen mit einem gelehrten Kommentar begleitet und das Bild des Markgrafen, gereinigt von allen Vorwürfen parteiischer Geschichtschreiber, in allen Beziehungen des öffentlichen und häuslichen Lebens zur Anschauung gebracht. Die meiste Sorgfalt ist auf die Bestimmung des Verhältnisses, welches der nachmalige Churfürst von Brandenburg zu Kaiser und Reich einnahm, verwendet worden, das Bedeutungsvolle seiner Stellung im Rathe des Kaisers, die Eefolge seines praktischen Sinnes für zeitgemäße Reformen sind hinreichend durch Urkunden, die keines Kommentars bedurften, beglaubigt.

— Man schreibt von Valenciennes, daß Verbeyst, der berühmteste Antiquar Europas und wahrscheinlich der 5 Erdtheile in einem hohen Alter in Brüssel gestorben ist. Er hatte sich daselbst ein besonderes Haus erbaut, das 300,000 Bücher enthalten konnte. Parterre fanden sich die Werke in Folio, die Atlas und alle schwer zu transportirende Werke und von da wurden die eingepackten Werke abgesandt, denn Verbeyst stand mit allen Hauptstädten Europas in Verbindung. Er stand mit Walter Scott, Charles Nodier, Chateaubriand und den berühmtesten Bibliophilen in England, Italien und Deutschland in Korrespondenz. Vor 60 Jahren, als die Aufhebung der Klöster und die Zerstörung der Schlösser und Paläste Massen von Büchern auf den Markt brachte, kaufte er alte Werke zu einem niedrigen Preise an, ließ sie aber nur zu ihrem wahren Werthe wieder ab, und so vermehrte dieser Mann seine Habe mit jedem Jahre, weil diese alten Werke immer höher stiegen, während neuere Werke ganz werthlos wurden.

— Englische Zeitungen berichten, daß ein amerikanischer Theaterunternehmer Jenny Lind auf 200 Abende, à 1000 Dollars (?) engagirt habe. Auch Vergütung für Reisekosten, Bedienung rc. soll stattfinden, und als Garantie der Erfüllung 50,000 Dollars bei einem schwedischen Banquier in London deponirt werden.

— Ein römisches Priesterblatt veröffentlicht den Entwurf eines katholischen Heeres, bestehend aus katholischen Freiwilligen aller Länder, welches zum Schutze des päpstlichen Thrones dienen soll. Alle Elemente zur Verwirklichung des Entwurfs, sagt jenes Blatt, seien bereit; es fehle nur noch die Sanktion Sr. Heiligkeit und der der katholischen Mächte, um ihn sofort ins Leben zu führen. (W. Z.)

Sichtbare Bedeckung des Jupiters vom Monde.

Den zahlreichen Freunden interessanter Erscheinungen am Himmel (diesmal derer, welche mit Fernröhren, sei es auch nur der kleinsten Gattung, versehen sind) ohne Verzug die Nachricht: daß auch auf der hiesigen Sternwarte die, eben so wichtige für die Wissenschaft, als für das Auge anziehende Bedeckung der Jupiters-Scheibe durch den Mond in folgender Weise nach Breslauer mittlerer Zeit von den Herren Günther und G. v. Boguslawski beobachtet worden ist:

1) Erste Berührung der Ränder des Jupiter und der hellen Mondscheibe	20^h	9^m	$4^s 5$
2) Jupiter verschwand gänzlich hinter dem hellen Mondrande	20	11	9 · 7
3) Erster Blick des Jupiter beim Hervortreten vom dunkeln Mondrande	20	56	34 · 5
4) Letzte äußere Berührung der Ränder beider Himmelskörper . . .	20	58	45 · 6

Der Natur der Sache nach kann wegen des schon vollkommen hellen Tageslichtes nur die dritte Beobachtung auf volle Schärfe und Präcision Anspruch machen. —

Es läßt sich erwarten, daß bei der herrlichen, für diese Beobachtung so überaus günstigen Witterung, eine große Zahl von Fernröhren, kleinerer wie größerer, auf diese beiden Gestirne gerichtet gewesen sind; wenigstens fehlt der tägliche Erinnerer an Himmelserscheinungen dieser Art nicht mehr, seitdem die Berechner des Breslauer astronomischen Jahrbuchs Uranus durch einen großen Aufwand von Mühe und Arbeit und durch Beiseitesetzung jedes Interesses, es mögli gemacht haben, daß dieses Jahrbuch, mit seiner täglichen Uebersicht aller Erscheinungen am Himmel und mit seinen zahlreichen lithographirten Illustrationen (Darstellung der sehenswürdigsten Vorgänge) durch beispiellos niedrigen Preis und obenein durch Zertheilung in vier Quartalhefte in die Hände aller Wissensdürstigen, selbst der ganz mittellosen, gelangen kann.

Die in der That reizende Beobachtung von heute wird gewiß alle ihre Beschauer anregen, sich öfter einen solchen Genuß am Himmel zu verschaffen.

Breslau, den 7. December 1849.

H. v. B.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Die Frequenz auf der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn betrug in der Woche vom 18. bis 24. November d. J. 7088 Personen, 30,230 Rtlr. 11 Pf. Gesammt-Einnahme für Personen-, Güter- und Vieh-Transport rc. vorbehaltlich späterer Feststellung durch die Kontrole.

† **Posen, im Dezbr.** [Die polnische Legion in Ungarn. — Beschuß. *)] Als das Dembinskische Corps bei Szolnok stand, wurde Görgey bei Waitzen von der vereinten österreichisch-russichen Armee umringt. Hier gab er allerdings Beweise seines großen Muths. An der Spitze seiner Husaren sprengte er die russischen Ulanen, und obgleich durch einen Kopfhieb verwundet, schlug er die Russen und zog sich vor der großen Uebermacht geschickt über die Theiß nach Groß-Wardein glücklich zurück. In Groß-Wardein erhielt er von Dembinski als Oberbefehlshaber den Befehl, sofort nach Szegedin zu eilen, um alle Kräfte zu einen, aber anstatt zu gehorchen, begann er nun die Unterhandlungen mit den Russen. Der als Parlamentär angekommene russische General stellte, mit Erlaubniß Görgey's natürlich, den magyarischen Offizieren vor, daß der russische Kaiser nicht die Absicht hege, Ungarns Freiheiten von Oesterreich unterdrücken zu lassen, daß er nur gegen den von den Polen angeregten Radikalismus kämpft — und wohl wünsche, unter seinem Schwiegersohn, oder Sohn als König von Ungarn, die tapfern Ungarn aller ihrer früheren Freiheiten und Prärogative theilhaftig zu machen. Jeder Artillerist erhielt vom russischen General einen Dukaten für ihr gutes Schießen bei Miskolcz (!!). Dembinski ging über die Theiß zurück und wehrte sich verzweifelnd vor den scharf verfolgenden Russen. Er war überall, 3 Pferde wurden unter ihm erschossen, ein Stück Granate verwundete ihn an der Schulter, er kommandirte weiter; unsere 6 Eskadrons Ulanen, unter Oberst Poninski, thaten Wunder der Tapferkeit, unsere Infanterie, namentlich das 3te Bataillon, unter Kapitän Jordan, ging nur mit dem Bajonnett auf den Feind. Die polnische Artillerie unter B...kowski retirirte nicht, obschon 2 Geschütze demontirt waren. Alles vergebens. Die Uebermacht siegte, Haynau schlug den Dembinski bis Kis-Beczkerek. Unsere Ulanenreserven und vierten Schwadronen des 1. und 2. Regiments, wurden bei Lippe überrumpelt und gefangen. Am 11. August beschloß die Regierung alle Truppen, auch die siebenbürgischen, unter das Oberkommando Bems zu vereinigen und einen Hauptschlag zu thun. Görgey versagte hier den Gehorsam, und erklärte im Einverständniß mit den magyarischen Generälen, zum Heil Ungarns, den Oberbefehl übernehmen zu wollen. Kossuth sah nun wohl Alles verloren, hatte jedoch die Resignation, die Dictatur in Görgey's Hand zu legen, doch noch in der Hoffnung zum Patriotismus und zur Energie Görgey's, daß er den redlichen Willen habe, sein Vaterland zu retten. Görgey schickte noch denselben Tag an den Paskiewicz die Erklärung, sich auf Gnade und Ungnade ergeben zu wollen. Wir erhielten den Armeebefehl in folgenden Worten: Die ganze Armee legt die Waffen nieder, worauf sie, an der Spitze ihre Offiziere, nach Galizien marschiren wird, wo ihr der Wille des russischen Kaisers kund werden soll. Unter den gemeinen Ungarn, als sich die Nachricht weiter verbreitet hatte, war die Wuth so groß, daß sie den Verräther Görgey vor den Kopf schießen wollten, aber schon war er im russischen Lager. Der größte Theil der Legion der Polen war bei Dembinski, und nur unsere Intendantur, ein Theil der Reserve und etwa 100 polnische Offiziere in ungarischen Regimentern, waren beim Görgey'schen Corps. Eine Deputation polnischer Offiziere begab sich zu Görgey mit der Frage, was mit ihnen geschehen solle — er nahm sie sehr hochfahrend auf und endete mit den Worten: „Sucht den, der Euch nach Ungarn gebracht hat, er mag Euch auch hinaus führen.“ Nagy-Sandor, zu dem die Deputation hierauf ging, war redlicher, er sagte uns — rettet Euch, wie ihr könnt — und zeigte uns, wo überall Feinde ständen. Sobald nur die Nacht einbrach, zerstreuten wir Polen uns verkleidet

*) Vergl. Nr. 268, 269, 273, 274, 285 und 280 der Bresl. Ztg.

auf alle Seiten. Mehrere traten, in der Hoffnung nach Galizien zu kommen, als Gemeine in die Honvedsregimenter, selbst nach dem Rath der ungarischen Offiziere. Glücklich wer sich auf irgend eine Weise retten konnte. — So endeten wir beim Görgeyschen Corps. In Siebenbürgen kamen die polnischen Legionen unter dem Oberstlieutenant Piotrowski und Major Woroniecki eigentlich nie zu Stande — es waren sehr viele Offiziere und nur wenig Gemeine. Bem hatte 2 Schwadronen des 4ten Ulanen-Regiments bei sich, um die übrigen kümmerte er sich wenig oder gar nicht und überließ sie einem ehemaligen Infanterie-Offizier Jarzycki, den er nach und nach zum Obersten avancirte, und der für sich wohl Sorge trug, weniger für das ins Lebentreten der polnischen Legion.

Inserate.

Bitte.

Bei der strengen Kälte hat sich die Zahl der unentgeltlich zu verpflegenden Kranken, welche an äußeren Schaden leiden, bedeutend vermehrt, so daß die Verwaltung des Hospitals zu Allerheiligen wegen Beschaffung von, zu Charpie und zu Verbänden geeigneter Leinwand in größter Verlegenheit sich befindet.

Wir sehen uns daher veranlaßt, an unsere Mitbürger, und insbesondere an die mildthätigen Frauen abermals die dringende Bitte zu richten:

das Kranken-Hospital durch Zuwendung von alter Leinwand und Charpie menschenfreundlichst recht bald unterstützen zu wollen.

Auch die kleinsten Gaben dieser Art sind willkommen und werden zu jeder Zeit in der Schaffnerei des Hospitals dankbar angenommen.

Breslau, den 5. Dezember 1849.

Die Direktion des Kranken-Hospitals zu Allerheiligen.

Konstitutionelle Bürger-Ressource.

Tagesordnung für Montag, den 10. Dezember d. J.

1. Die Zusammensetzung der ersten Kammer.
2. Ueber das deutsche Postwesen.

Wilhelms-Eisenbahn (Kosel-Oderberg). Es verbindet diese seit dem 1. Mai 1847 eröffnete 8¼ Meile lange Bahn die Kaiser-Ferdinands-Nordbahn bei Oderberg mit der Oberschlesischen Eisenbahn bei Kosel und ist dieselbe somit ein nothwendiges Glied in der Kette der Eisenbahnen Deutschlands. Das Bau-Kapital in Stamm-Aktien beträgt 1,200,000 Thlr. und in 5prozentigen Prioritäts-Aktien 250,000 Thlr., von welchen letzteren 38,000 Thlr. zur Bildung eines Reservefonds zurückbehalten worden sind. Die Meile dieser Bahn kostet demnach etwa 200,000 Thlr. und ist somit noch billiger hergestellt, als selbst die Magdeburg-Halberstädter Eisenbahn, welche pro Meile einen Aufwand von circa 210,000 Thlr. erforderte. Ungeachtet die direkte Verbindung der Wilhelms-Eisenbahn mit der Kaiser-Frrdinands-Nordbahn erst, nach Vollendung der Eisenbahn-Brücke bei Oderberg, am 1. September 1848 erfolgen konnte, und der Verkehr der Wilhelms-Eisenbahn, bald nach Herstellung dieser Verbindung, durch den Ausbruch der Ereignisse in Wien im Monat Oktober 1848 gehemmt wurde, mithin nur beschränkt sein konnte, hat dieselbe im abgelaufenen Jahre doch eine Dividende von zwei Prozent abgeworfen. Im laufenden Jahre hat sich der Verkehr, ungeachtet für letztern die günstige Zeit noch keinesweges erschienen, bedeutend vermehrt. Während im vorigen Jahre die Einnahme bis ult. Oktober 62,800 Thlr. betrug, gingen in derselben Zeit dieses Jahres (incl. 10,000 Thlr. für Militärtransporte, welche übrigens nicht unbedeutende Extra-Ausgaben verursachen) 82,100 Thl. ein, mithin im laufenden Jahre bis ult. Oktober c. mehr circa 19,300 Thlr. Die Ausgabe dagegen stellte sich gegen das vorige Jahr erheblich geringer, und es läßt sich für das laufende Jahr ein Ueberschuß von circa 43,000 Thlr., mithin 3½ pCt. Dividende erwarten. — Wird berücksichtigt, daß der Wilhelms-Eisenbahn, gleich der Krakauer und Oberschlesischen Eisenbahn, der Transport von etwa 300,000 Ctr. Salz binnen Kurzem zufallen wird und daß der Bahn für die Zukunft ein bedeutender Viehtransport in Aussicht steht, daß ferner das Fahrgeld für den Personenverkehr in letzter Zeit erhöht werden konnte, so erscheint es unzweifelhaft, daß die Wilhelms-Eisenbahn im künftigen Jahre eine Dividende von mindestens 4 pCt. abwerfen wird. Bei eintretenden günstigen Handelsverhältnissen und wenn der Bahn, wie es wahrscheinlich ist, der bedeutende Koakstransport für die Kaiser-Ferdinands-Nordbahn zufallen sollte, läßt sich für künftige Jahre eine noch bedeutend höhere Dividende erwarten.

Nachdem das Publikum durch marktschreierische Ankündigungen sogenannter Heil- und Wunder-Mittel so vielfach getäuscht und betrogen worden ist, erscheint es eben nicht leicht, das allgemeine Interesse auf eine neue höchst wichtige Erfindung hinzulenken und die Vorurtheile zu bekämpfen, welche sich einer solchen entgegenstellen. — Dessenungeachtet würden wir es vor unserem Gewissen nicht verantworten können, wenn wir so vielen Leidenden ein Mittel vorenthielten, durch das sie in kürzester Zeit — ohne Gebrauch innerer und äußerer Arzneimittel, ohne Schmerz und Unbequemlichkeit — zu dem vollständigen Besitz ihrer Gesundheit gelangen können! Dieses Mittel ist: **„Die Anwendung des Lebensweckers oder des Baunscheidtismus."** Der Lebenswecker ist ein von dem verdienstvollen Mechaniker Carl Baunscheidt in Endenich bei Bonn erfundenes und verfertigtes Instrument, das bei seiner Anwendung auf die Haut, vermöge der Einwirkung seiner galvanischen Nadeln, sowohl blutlos als fast völlig schmerzlos, zunächst die Wirkung von Mückenstichen hervorbringt. Diese äußert sich durch einen gelinden Nervenreiz, verbunden mit erhöhter Hautthätigkeit und Hervorbringung von kleinen grützähnlichen Blätterchen, welche in einem Zeitraum von kaum fünf Minuten entstehen, sofort eine große Verminderung des Schmerzes hervorbringen, nur ein Prickeln oder Kribeln verursachen und je nach Beschaffenheit des leidenden Theiles selbst, früher oder später verschwinden. — Die mit diesem Instrumente zuerst von dem Direktor der chirurgischen Klinik, Herrn geheimen Medizinalrath Professor Dr. Wurzer in Bonn, sodann von vielen Aerzten und Nichtärzten angestellten Versuche haben die erfreulichsten Resultate in einer ungemein überraschenden Weise herausgestellt und seine Anwendung entschieden bewährt gefunden: bei Rheumatismen, Gesichts-, Zahn- und Ohrenschmerzen, Migräne, Mundklemme, Nervenfiebern, Gehirnentzündungen, alten Verhärtungen, Lähmungen nach Schlagfluß, Geschwülsten, Krämpfen u. s. w. — Indem wir Aerzte und Kranke auf dieses (in **Breslau** bei **Steiner**, Mauritiusplatz Nr. 7, zu habendes) eigenthümliche und vortreffliche Instrument aufmerksam machen, glauben wir eine unabweisbare, ja heilige Pflicht zu erfüllen, und bald wird der segensreiche Erfolg lehren, daß wir nicht auf die Leichtgläubigkeit der Masse spekulirt, sondern auf eine höchst wichtige Erfindung hingewiesen haben. Und dies Letztere nur ist unser Zweck, möge er durch diese Zeilen erreicht werden!

Theater-Nachricht.

Sonnabend den 8. Dezbr. 60ste Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. Zum 3ten Male: **„Viel Lärm um nichts."** Lustspiel in 3 Akten von W. Shakespeare, für die deutsche Bühne eingerichtet von K. v. Holtei.

Sonntag den 9. Dezbr. 61ste Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. Zum 3ten Male: **„Martin der Findling."** Dramatisches Gemälde in 5 Abtheilungen und 7 Akten, nach dem Französischen des Eugen Sue frei bearbeitet von Ludwig Meyer.

H. 11. XII. 6½. J. □ III.

Verlobungs-Anzeige.

(Verspätet.)

Die Verlobung unserer Tochter Anna mit dem Herrn Herrmann Böhme beehren wir uns Verwandten und Freunden statt besonderer Meldung hiermit ergebenst anzuzeigen.

Niederstradam, im November 1849.

W. Fausack und Frau.

Entbindungs-Anzeige.

Die heute morgen 8 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Marie, geb. Pätzold, von einem gesunden Mädchen, beehre ich mich hierdurch anzuzeigen.

Groß-Lagiewnik, den 3. Dezember 1849.

Durin.

Todes-Anzeige.

Heute Nacht 11½ Uhr entschlief sanft und schmerzlos unsere geliebte Mutter, Schwieger- und Großmutter, die verwittwete Frau **von Schickfuß**, geborene **von Stosch**, mit 71 Jahren 3 Monaten am Schlagfluß.

Um stille Theilnahme bitten:

die Hinterbliebenen.

Görlitz, den 5. Dezember 1849.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten zeigen den heute Morgen um 3 Uhr an Alterschwäche erfolgten Tod des königl. Oberlandesgerichts-Vice-Präsidenten, Ritterguts-besitzer und Ritter des rothen Adler-Ordens Herrn Wilhelm Zöllmer an:

die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Ratibor, den 5. Dezember 1849.

Todes-Anzeige.

Am heutigen Tage starb unser Sohn, der königl. Obergerichts-Assessor Konstantin Weinert am Schleim- und Zehrfieber, 31 Jahre alt.

Lauban, den 4. Dezember 1849.

Der Rechtsanwalt Weinert nebst Frau.

Vorräthig ist in **A. Gosohorsky's** Buchhandlung (L. F. Maske) in Breslau, Albrechtsstraße Nr. 3:
Die Auseinandertreibung des zweiten Volks-Vereins am 9. Novbr. 1849 im Kemperhof. Zunächst für Diejenigen, welche zwischen der demokratischen und der absolutistischen Partei stehen. Von **Fr. Gerhard.** Mit 56 Zeugen-Aussagen. Preis 5 Sgr.

Theater-Abonnements-Lotterie.

Der allgemeine Anklang, welchen das hiesige Theater-Abonnement in Form einer Lotterie gefunden, veranlaßt die Direktion vom 1. Januar 1850 ab wiederum eine Theater-Abonnements-Lotterie zu veranstalten. Die der neuen Theater-Abonnements-Lotterie, welche der untenstehende Plan angiebt, erscheinen den Verhältnissen entsprechender, während die Vortheile für das geehrte Publikum dieselben geblieben sind. — Um den resp. Theaterbesuchern, welchen ein Loos für 4 Rthl. zu kostspielig sein sollte, die Hand zu bieten, ist auch eine Anzahl halber Loose zu 2 Rthl. angefertigt worden. — Da nur ganze Loose gezogen werden können, so erhält natürlich der Inhaber eines halben Looses die Hälfte des Gewinnes, welcher auf seine Nummer fällt. — Das Abonnement von 70 Vorstellungen findet in den Monaten Januar, Februar und März 1850 statt. — Die Zahl der Mittel-Gewinne ist, nach allgemein ausgesprochenem Wunsche, ansehnlich vermehrt. — Die Verloosung beginnt am 27. Dezember 1849, im Beisein eines königl. Polizei-Kommissarius. — Loose, ganze à 4 Rthl. und halbe à 2 Rtl. sind von heute ab im Theater-Bureau und im Comptoir, Herrenstraße Nr. 28, Morgens von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 2 bis 4 Uhr zu haben.

Plan

zur Theater-Abonnements-Lotterie für die Monate Januar, Februar und März 1850.

Diese Lotterie besteht aus 1500 Loosen, à 4 Rthl., welche den Werth von 6000 Rthl. haben, und einen Gesammtgewinn von 9000 Rthl. in Theater-Billets gewähren. — Es werden 1500 Loose, in ganzen und halben Loosen ausgegeben. — Für diesen Cyclus der drei Monate finden 70 Vorstellungen im Abonnement statt, zu denen die für die Gewinne eingetauschten Bons beliebig benutzt werden können. — Selbst ohne daß ein Gewinn darauf fällt, werden für ein ganzes Loos à 4 Rthl., Bons im Werthe von 4 Rthl. 20 Sgr., und für ein halbes Loos à 2 Rthl., Bons im Werthe von 2 Rthl. 10 Sgr. gegeben. — Die eingehenden Beträge für die Loose werden, zur Sicherstellung der geehrten Abnehmer, in die königl. Bank deponirt und in gleichen Raten von derselben bezogen.

Spezielle Nachweisung über die Eintheilung der Gewinne.

1500 Loose, à 4 Rthl. . . . . 6000 Rthl.

Gewinne im Werthe von 9000 Rthl.

1	Gewinn im Werthe von	83⅓ Rthl.	83⅓ Rthl.
2	" " " "	60 "	120 "
7	" " " "	40 "	280 "
15	" " " "	30 "	450 "
25	" " " "	16 "	400 "
50	" " " "	10 "	500 "
150	" " " "	6⅔ "	1000 "
500	" " " "	5⅓ "	2666⅔ "
750	" " " "	4⅔ "	3500 "
1500	Gewinne.	Im Betrage von	9000 Rthl.

Breslau, im Dezember 1849. **Die Theater-Direktion.**

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

In der Zeit vom 2. bis incl. 15. Januar k. J., mit Ausnahme Sonntags, wird die **Auszahlung** der fälligen **Zinsen**, so wie der früher nicht abgehobenen Zinsen und **Dividendenbeträge** erfolgen:

in **Breslau** in unserer Haupt-Kasse Vormittags von 8 bis 12 Uhr;
in **Berlin** durch die Herren M. Oppenheim's Söhne, Burgstraße Nr. 27, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr.

Breslau, den 6. Dezember 1849. **Direktorium.**

Heute wird die Nr. 18 des **Schlesischen Volksblattes**, redigirt von Carlo (Karl Heinrich Herzel) ausgegeben. Sie enthält u. A.:

1. **„Deutsch und Preußisch."** (Letzte liter. Arbeit des am 4. d. M. verstorbenen Prof. Dr. Lichtenstädt.
2. Mißtrauens-Votum von 23 Herren aus dem Nimptscher Wahlbezirk an ihren Abgeordneten für die 2. Kammer, **Freiherrn von Kauitz** und dessen **offene Antwort.**

Jede Nummer ist für 1 Sgr. in der Leuckartschen Buchhandlung, Kupferschmiede-Straße Nr. 13, zu haben. Breslau, den 8. Dezember 1849.

Die Redaktion des Schlesischen Volksblattes.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier Ufergasse Nr. 28 belegenen, dem Maurermeister Gottlieb Rokiete gehörigen, auf 16,825 Rtl. 27 Sgr. 3 Pf. geschätzten Grundstückes, haben wir einen Termin auf

den 13. März 1850, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath Schmiedel in unserm Parteienzimmer, Junkernstraße Nr. 10, anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Zu diesem Termine wird der Besitzer Maurermeister Gottlieb Rokiete hierdurch vorgeladen.

Breslau, den 9. August 1849.

Königliches Stadtgericht. II. Abtheilung.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier Flurstraße Nr. 2 belegenen, den Tischlermeister Treuber'schen Eheleuten gehörigen, auf 16,900 Thlr. 21 Sgr. 6 Pf. geschätzten Grundstückes haben wir einen Termin auf **den 15. März 1850 Vorm. 10 Uhr** vor dem Herrn Stadtgerichts-Rath Schmidt in unserem Parteien-Zimmer Junkernstraße Nr. 10 anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 4. August 1849.

Königliches Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Das zu Rudniczysko Nr. 2 belegene Wassermühlengrundstück, Krzywizna-Mühle genannt, mit 2 Mahlgängen, 1 Spitzgange und 1 Oehlmühle, die Gehwerke von Gußeisen und 184 Morgen 29 □R. Ländereien, abgeschätzt auf 8275 Rthl. 6 Sgr. 8 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 13. Juni 1850

Vormittags 9 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Kempen, den 15. Novbr. 1849.

Königl. Kreis-Gericht I.
Abtheilung für Civil-Sachen.

Die Restauration im hiesigen Kursaale soll vom 1. Januar 1850 ab auf drei oder mehr Jahre, unter Bedingungen, welche in unserem Geschäftslokal in den Amtsstunden täglich eingesehen werden können, an einen wohl qualifizirten Restaurateur, welcher im Stande ist, eine dem Werthe des im Salon befindlichen kostbaren Inventarii angemessene Caution zu legen, überlassen werden. Restaurateurs, welche hierauf reflectiren wollen, werden ersucht, die Räumlichkeiten des hiesigen Bade-Salons hier in Augenschein zu nehmen, erwähnte Bedingungen einzusehen und zugleich das Pachtgebot, welches sie offeriren wollen, anzuzeigen. Landeck, den 31. Oktober 1849.

Der Magistrat.

Jagd-Einladungen
in kleiner Billetform mit Couverts, offerirt:
F. L. Brade,
dem Schweidnitzer Keller gegenüber

Zweite Beilage zu № 287 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 8. Dezember 1849.

Holz-Verkauf.

Auf dem Kämmerei-Gute Riemberg, Kreis Wohlau, sollen

Mittwoch, den 12. Dezember c. früh 9 Uhr,

nachstehend bezeichnete Hölzer meistbietend bei einer baaren Anzahlung von einem Drittheil des Meistgebots, verkauft werden.

1. 54 Loose Kiefern- und Fichten-Stämme à 9 bis 37 Stück.
2. 150 Schock Birken Reisig.
3. 15 Klaftern Birken-Holz.
4. 100 Schock Erlen-Reisig.
5. 228 Schock Kiefern- und Fichten-Stangen-Reisig.
6. 320 Schock Kiefern- und Fichten-Abraum-Reisig.
7. 211 Klaftern Stock- und Wurzel-Holz.

Breslau, 15. November 1849.

Die städtische Forst- und Oekonomie-Deputation.

Bekanntmachung.

Bei der unterzeichneten Fürstenthums-Landschaft wird der diesjährige Weihnachts-Fürstenthumstag den 12. Dezember d. eröffnet und den 13. desselben Mts. der gewöhnliche halbjährliche Depositaltag abgehalten werden.

Zur **Einzahlung** der Pfandbriefs-Interessen sind die Tage **vom 18. bis incl. 24. k. M.**, zu deren **Auszahlung** aber an die Präsentanten der Pfandbrief-Zins-Coupons die Tage **vom 28. Dezember d. bis 4. Januar k. J.**, während der Vormittagstunden **von 8 bis 1 Uhr**, — jedoch mit Ausschluß der dazwischenfallenden Sonn- und Festtage, — bestimmt.

Breslau, den 21. Nov. 1849.

Breslau-Briegsches Fürstenthums-Landschafts-Direktorium.

C. F. v. Studnitz.

Bekanntmachung.

Bei der unterzeichneten Fürstenthums-Landschaft soll in dem bevorstehenden Weihnachts-Termine die Einzahlung der fälligen Pfandbriefszinsen **den 21. und 22. Dezember** und deren Auszahlung an die Inhaber von Zinscoupons **den 27. bis 29. Dezember** erfolgen.

Dies wird mit dem Bemerken hierdurch bekannt gemacht, daß jeder Präsentant mehrerer Zinscoupons diese nebst einem mit seinem Wohnorte und Namen versehenen Verzeichnisse derselben nach Littera, Nummer und Zinsenbetrag vorzulegen hat. Zugleich wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß in dem bevorstehenden Termine die Direktion auf den Landschafts-Direktor Freiherrn von Humbracht auf Rengersdorf übergeht.

Frankenstein, den 28. November 1849.

Münsterberg-Glatz'sche Fürstenthums-Landschafts-Direktion.

Bekanntmachung.

Es wird hierdurch bekannt gemacht, daß die Verhandlungen des Fürstenthumstages an Weihnachten d. J. am 13. Dezember ihren Anfang nehmen, und zur Einlösung der an Weihnachten d. J. fälligen Zinscoupons und Einziehungs-Rekognitionen bei der hiesigen Landschaftskasse der 28., 29. und 31. Dezbr. bestimmt worden sind.

Wir machen hierbei darauf aufmerksam:

1) daß jeder Inhaber von Zinscoupons und Einziehungs-Rekognitionen, welcher deren mehr als fünf zur Realisation präsentiren will, gehalten ist, zugleich mit den Dokumenten ein Verzeichniß derselben einzureichen, worin die Coupons nach der Nummer, der Littera und dem Zinsenbetrage, die Einziehungs-Rekognitionen aber nach der Pfandbriefsbezeichnung, dem Kapitalbetrage, dem Fälligkeitstermine und der Firma der ausfertigenden Landschaft aufgeführt stehen;

2) daß solche Einziehungs-Rekognitionen, deren Fälligkeit schon vor dem laufenden Termine eingetreten war, ingleichem gekündigte Pfandbriefe, welche erst im Fälligkeitstermine eingeliefert werden, ihre Realisation nur bei der General-Landschafs-Hauptkasse in Breslau finden.

Oels, den 11. November 1849.

Oels-Militschscher Fürstenthums-Landschaft.

4 Rthlr. Belohnung

erhält Derjenige, welcher eine auf dem Ringe am gestrigen Tage gestohlene Doppelflinte, deren rechter Lauf an der Mündung gesprungen und aufgerissen, so wie auf den Perkussionsschlössern mit dem Namen „Arnecker in Breslau" und einer Silberplatte, mit H. gezeichnet, auf dem Schafft versehen, wiederzubeschaffen im Stande ist. **Fr. Müller,** Kretschmer, Kupferschmiede-Str. Nr. 31.

Milch-Verkauf.

Meinen geehrten Kunden mache ich hiermit bekannt, daß ich täglich zweimal reine unverfälschte Milch, wie sie von der Kuh kommt, geliefert bekomme; die erste Lieferung um 7 Uhr, die zweite um 9 Uhr, das Quart 1 Sgr. 3 Pf. Um zahlreichen Zuspruch bittet

Beck, Malergasse Nr. 2, im Keller.

Das anerkannt klassische Werk, erschienen als

prachtvolles Fest-Geschenk:

Paul und Virginie

und die

indische Hütte.

Von Bernardin von Saint-Pierre.

Mit 430 herrlichen Holzschnitten und 3 Staplstichen.

Lex.-8. Feinstes Kupferpapier,

kann in der Buchhandlung **Georg Philipp Aderholz** in **Breslau**, Ring- und Stockgassen-Ecke Nr. 53, zu dem jetzigen Preise von

☞ **1 Rthlr. 22½ Sgr., elegant gebunden 2 Rthlr. 12½ Sgr.**

bezogen werden. — Dieses Meisterstück der Typographie und Illustration kostete bei der früheren Verlagshandlung **das Vierfache** des obigen Preises.

Scheible, Rieger und Sattler in Stuttgart.

Bei **Karl Schmeidler**, Schweidnitzerstraße Nr. 46, sind zu haben, die so beliebten bunten

Spring-Mohren.

Preis 5 Sgr.

Aufruf

an die Schüler und Freunde des verstorbenen Professor Schramm zu Leobschütz.

Das im August d. J. so unerwartet erfolgte Dahinscheiden des königl. Professors Herrn **Schramm** hierselbst, der als anregender, gewissenhafter Lehrer, treuer Freund und gemüthlich heiterer Gesellschafter allgemein so hoch geehrt, so innig geliebt war, hat in uns — den Unterzeichneten — den Gedanken erweckt, ihm — unserem Lehrer und Freunde — als Ausdruck unserer Dankbarkeit und Liebe ein seiner würdiges Denkmal zu setzen. Dazu fühlten wir uns um so mehr getrieben, als der Tod die schöne Hoffnung vereitelt hat, diese Dankbarkeit und Liebe dem würdigen Lehrer bei seinem nicht mehr fern gewesenen fünfzigjährigen Lehrer-Jubiläum zu bethätigen. Am würdigsten glauben wir ihn dadurch zu ehren, daß wir eine **Stipendien-Stiftung** am hiesigen Gymnasium mit der Bezeichnung **„Schramm'sches Stipendium"** ins Leben rufen, weil solche — Anregung und Segen spendend — vorzugsweise geeignet ist, den Namen und das Andenken des Dahingeschiedenen auf späte Geschlechter fortzupflanzen.

Die Unterzeichneten hegen die zuversichtliche Hoffnung, daß es nur dieses einfachen Aufrufs an die so zahlreichen Schüler des Dahingeschiedenen, so wie an seine vielen Freunde in Stadt und Land bedarf, um durch freundliche Beiträge die Gründung eines solchen Stipendiums zu ermöglichen.

Wir haben uns heut als Komitee zur Annahme von Beiträgen zu obigem Zwecke und zur Ausführung des Letzteren konstituirt und hat insbesondere das Komitee-Mitglied, Kaplan **Weczerek** hierselbst, die Rendantur-Geschäfte übernommen, an den daher die Beiträge zu zahlen oder einzusenden ersucht wird. Außerdem haben sich zur Annahme von Beiträgen freundlichst bereit erklärt:

a) der königliche Gymnasial-Direktor Herr Dr. **Wissowa** in Breslau,
b) der fürstbischöfliche Kommissarius und Stadt-Pfarrer Herr **Gnosdek** in Oppeln,
c) der Erzpriester und Stadt-Pfarrer Herr **Hänsel** in Gleiwitz,
d) der Doktor der Medizin 2c. Herr **Polko** in Ratibor.

Das Resultat unseres Unternehmens werden wir seiner Zeit veröffentlichen.

Leobschütz, den 27. Oktober 1849.

Engel, Kirchen-Vorsteher. **Glatzel,** Rechts-Anwalt. **Hensel,** Buchhändler. **Herrde,** Kreisrichter. **Kirsch,** Religions-Lehrer. **Klose,** Kreisrichter. **Dr. Lauffer,** praktischer Arzt. **Ullmann,** Kaplan. **Weczerek,** Kaplan. **Wolff II.,** Kreisrichter.

Hierdurch bringe ich wiederholt zur gefälligen Kenntniß eines geehrten Publikums, daß ich von meinen

Dampf-Chokoladen-Fabrikaten

die Haupt-Niederlage für ganz Schlesien bei Herrn Carl Fr. Keitsch in Breslau,

Ring- und Stockgassen-Ecke,

unterhalte, und ist das Lager bei demselben durch regelmäßige wöchentliche Zusendungen so reichhaltig assortirt, daß Herr Keitsch im Stande ist, jeden auch noch so umfassenden Auftrag auf das Prompteste auszuführen und außer den **Fabrikpreisen** den **höchsten Rabatt** zu gewähren!

Die Sorgfalt, welche ich bei Anfertigung sämmtlicher Chokoladen- und Cacao-Fabrikate obwalten lasse, sowie die möglichste Vervollkommnung meiner Maschine lassen mich mit meinen liefernden Fabrikaten jeder Concurrenz in Qualität und Preis begegnen.

Frankfurt a. d. O., im Dezember 1849.

J. G. Mielke, Chokoladen-Fabrik-Besitzer.

Bezugnehmend auf vorstehende Anzeige, empfehle ich alle Sorten **Dampf-Chokoladen** und **Cacao-Fabrikate** aus der Fabrik des Herrn **J. G. Mielke** in Frankfurt a. d. O. laut gratis in Empfang zu nehmendem Preis-Courant.

Besonders zeichnen sich aus:

Extra feine Gewürz-Chokoladen in 6 Sorten von 7½—15 Sgr.
" " Vanille- " " 5 " " 12½—25 Sgr.
Desgl. Gesundheits- " " 5 " " 9—14 Sgr.
Desgl. Osmazom, Isländisch Moos, Carageen-Moos, China, Althee, Eichel- und Zittwer-Chokoladen à 15 Sgr.
Witz-Devisen und Galanterie-Chokoladen à 12—13 Sgr.
Chokoladen-Plätzchen à 12 und 20 Sgr.
Chokoladen-Pulver à 6 Sgr.
Racahout des Arabes à 15 und 20 Sgr.
Extra fein entöltes Magen-Pulver à 12 Sgr.
Cacao-Thee à 5 und 8 Sgr.
Cacao-Massen für Apotheker und Conditoren in 3 Sorten,
Althée- und Gesundheits-Bonbons 2c.

per Pfund.

Breslau, im Dezember 1849.

Carl Fr. Keitsch,
Stockgasse Nr. 1, am Ringe.

Mit Genehmigung der königl. Regierung werden **93 Stück Eichen,** welche sich zum Theil zum Schiffsbau und Stabholz eignen, auf der Pfarr-Wiedemuth zu Alt-Wohlau, Wohlauer Kreises, meistbietend verkauft werden, wozu der Termin auf den 18. Dezember d. J., früh 9 Uhr, ansteht. Kauflustigen ist die Ansicht derselben gestattet, welche sich dieserhalb an die Kirchen-Vorsteher zu wenden haben. Die näheren Bedingungen werden den Herren Käufern am Tage des Termins mitgetheilt werden.

Das Patrocinium.

Restauration im Schießwerder.

Der spärliche Besuch meines Lokals von den geehrten Bewohnern Breslau's bei den schönen Wintertagen veranlaßt mich zu glauben, daß der große Schneefall die Befürchtung hervorgerufen hat, der Weg hierher sei ungangbar; dagegen kann ich versichern, daß ich einen breiten Fußweg vom Schießstande ab bis zu den 3 Linden habe ausgleichen lassen, worauf Jeder bequem gehen kann. Ich nehme daher hierbei Gelegenheit, mich meinen Gönnern in Erinnerung zu bringen, und sie um ihren Besuch zu bitten, und bemerke zugleich, daß mein kleiner Saal allsonntäglich geheizt ist.

A. Schwartzer,
Pächter des Schießwerders.

Café restaurant.

Sonntag: **Großes Konzert der Breslauer Musikgesellschaft.**

Anfang 4 Uhr. Entree à Person 2½ Sgr.

☞ Wiener Elysium.

Heute Abend Harfen-Concert.

Zum Harfen-Konzert,

Sonntag den 9. Dezbr., ladet freundlichst ein: **A. Seiffert,**
im Höfchen-Commende.

Zur Tanzmusik

Sonntag den 9. Dezbr. lade ich ergebenst ein und bemerke, daß ich die **Schlittenbahn** in Stand habe setzen lassen.

Seiffert in Rosenthal.

Restaurations-Eröffnung.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich mein **Restaurations-** und **Billard-Etablissement in Nr. 19 auf der Oderstraße,** und bitte um recht zahlreichen Zuspruch. Für diverse **Biere** und **Liqueure,** für kalte und warme **Speisen** ist bestens gesorgt. Das Lokal ist dasselbe, welches vormals der Ltn. a. D. und Restaurateur Herr Schaar inne hatte, und sehe ich mich dieserhalb veranlaßt, um ferneren Mißverständnissen vorzubeugen, solches hiermit zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Breslau, 6. Dezember 1849.

Gottfr. Schaar, Restaurateur.

Unterkommen-Gesuch.

Eine allein stehende Person von gesetzten Jahren, welche an Arbeitsamkeit gewöhnt ist, und in allen häuslichen Beschäftigungen vollständig ausgebildet und eine nicht ganz unbedeutende Wirthschaft zu führen versteht, wünscht zum Neujahr als Wirthschafterin oder bei einer einzelnen Dame ein Unterkommen. Näheres bei Madame **Steinert,** Weidenstraße Nr. 10, 1 Treppe rechts.

Die **Porzellan-Malerei** von **Rob. Liesß,** Albrechts-Straße 59 eine Treppe hoch, Schmiedebrück-Ecke, empfiehlt ihr Lager von bemaltem und vergoldetem Porzellan. Bestellungen auf Porzellan-Malerei jeder Art werden prompt und sauber ausgeführt.

Kinder-Bibliothek

für das Alter von 6—12 Jahren, 8 Bde. Ladenpreis 8 Rthlr. für 2½ Rthlr. Enthaltend: Berliner Kinder-Wochenblatt, 2 Bde. mit 53 Kupfern; Kletke, das goldne Buch, 2 Bde. 1849; Grumbach, Familie Dietrich mit 4 Kupfern; Förtsch, Familie Eytelwein mit 4 Kupfern. Ida von Lilienthal und das kleine Theater für gute Kinder. — Vorräthig in der **Schletter**'schen Buchhandlung (H. Boas) Albrechtsstraße Nr. 5.

Ein mit den erforderlichen Schulkenntnissen ausgerüsteter **Lehrling** kann sich melden in der königl. Hof-Musik-Handlung

Ed. Bote u. G. Bock,
Schweidnitzer Straße Nr. 8.

Ein Ackerwagen, ein Bär, ein Mahagonitisch für 40—50 Personen, eine Steinsammlung, eine Flöte mit sieben und eine Flöte mit vier Klappen sind billigst zu verkaufen in Scheitnig, Nr. 36.

Ein eiserner Koch- und Bratofen steht äußerst billig zu verkaufen Mäntlergasse 1, im Hofe par terre.

Lampen- und Leuchter-Schleier,

direkt aus Paris und Wien bezogen, höchst passend als Weihnachts-Geschenke, empfehlen **Klausa u. Hoferdt**, Naschmarkt, Ring 43.

Ausgestellt sind die schönsten neusten Spielwaren

von J. S. Gerlitz, Ring Nr. 34 (an der grünen Röhre), in den Zimmern der ersten Etage.

Zur Erleichterung der Auswahl ist ein zweckmäßiges Arrangement aller der unterhaltenden und bildenden Spielgegenständen in Rücksicht auf die verschiedenen Jahresstufen der Kinder durchgeführt.

Ein 6oktaviger Flügel
von Birkenholz, gebraucht, jedoch gut im Stande, steht zum Verkauf bei
Th. Raymond, Taschenstraße 30.

Ein schöner russischer **Schlitten** mit Decke ist zu verkaufen Rosenthalerstraße 13.

Fürs Menschenwohl!

Carl Baunscheidt's neuer **„Lebenswecker"**

zur natürlichen, sichern Heilung von Lähmungen (nach Schlagfluß), radikalen schnellen Befreiung von Rheumatismus, Ableitung im Nervenfieber und der Gehirnentzündung, Beseitigung der Mundklemme 2c. 4 Thlr.; sein **Blutegel-Instrumentchen**, welches den lebenden Blutegel ganz entbehrlich macht, 2 Thlr.; sein **Milchsauger** gegen schlimme Brüste, 25 Sgr., für Auswärtige mit Emballage 1 Thlr., ist gegen unfrankirte Einsendung des angegebenen Betrags von mir zu beziehen. (Die Portokosten der Sendung selbst sind sehr gering.) Sowohl der **Lebenswecker** als auch das künstliche **Blutegel-Instrumentchen** sind so dauerhaft konstruirt, daß man mit einem einzigen dieser Instrumente viele Jahre hindurch unzähligen Leidenden zu Hilfe kommen kann; die beigegebenen Gebrauchs-Anweisungen sind so leicht verständlich, daß kein Zweifel bei der Anwendung übrig bleibt; die außerordentliche Verbreitung, deren sich diese Instrumente in den Rheinlanden erfreuen, wo sie fast jeder Arzt besitzt, in den meisten Familien zu finden und in Spitälern allgemein eingeführt sind, spricht wohl am Deutlichsten für ihre Bedeutsamkeit.

Robert Steiner in **Breslau**,
von heute ab täglich von 11 — 4 Uhr Mittags Schuhbrücke Nr. 30, par terre.

Die kgl. Niederlage von Berliner Porzellan

in Breslau, Ring Nr. 33, eine Treppe hoch, ist in weißen, wie bemalten Porzellanen als auch Bisquit-Lichtschirmplatten aufs neue auf das Sorgfältigste assortirt. Berlin, den 4. Dezember 1849.

Direktion der königl. Porzellan-Manufaktur.

Caviar-Anzeige.

Gestern empfing ich einen neuen Transport und empfehle diese **ganz vorzüglich schöne wirklich frische großkörnige astrachaner Waare** zu geneigter Abnahme bei **beliebigen** Quantitäten möglichst billig.

Karl Joseph Bourgarde,
Schuhbrücke Nr. 8., goldene Wage.

Kein Ausverkauf,

jedoch sehr vortheilhaft zu Weihnachts-Geschenken für Herren empfehle ich, aber nur gegen

baare Zahlung,

eine Parthie zurückgesetzter **Buckskins zu Beinkleidern** von circa **120** Mustern und zwar verkaufe ich solche zu auffallend billigen Preisen, das Beinkleid, **welches sonst 6 Rthlr. gekostet, mit 3 1/2 Rthlr.**, nicht etwa in 6/4 breitem sächsischen Fabrikat, (sogenannten Hundscloth) sondern in guter niederländer 6/4 breiter Waare. — Außerdem mache ich noch auf mein vollständig assortirtes Lager von Winter-Rockstoffen, englischen Düffels, Cachemir-, seidene und Sammetwesten, ächt ostindischen Taschentüchern, schwarze und bunte Shawls, Schlipse u. s. w. aufmerksam.

Heinrich Hirsch,
Ohlauerstraße Nr. 87, in der Krone, vis-à-vis der Apotheke.

Beachtungswerth.

Bis zum 15. d. ist goldne Rade-Gasse Nr. 26 eine vollständige Einrichtung für eine Spezereiwaarenhandlung, bestehend in Repositorien, Ladentischen und sonstigen Utensilien, alles fast neu, billig zu verkaufen. Auch stehen gleichzeitig die Waarenvorräthe unterm Stadtpreise zu Gebote.

Ohlauerstr. Nr. 5 und 6, Neues Etablissement. genannt zur „Hoffnung."

Baiersches Felsenkeller-Lagerbier

aus der **herzogl. Hofbrauerei** in **Braunschweig.**

Sämmtliche **Lokalitäten** nebst einem abgesonderten **Weinzimmer** und **Billard** sind geschmackvoll neu eingerichtet. Für die feinsten **Weine, Delikatessen** und warmen **Speisen** ist bestens gesorgt.

Der Braunschweiger Keller.

Durch Acquisition einer **königl. preuß., sächs. und baierischen patentirten Dampf-Kaffee-Brennerei** bin ich in den Stand gesetzt

einen ganz vorzüglich rein schmeckenden

Dampf-Kaffee

zu liefern und empfehle denselben in mehreren Sorten zum billigsten Preise.

W. Schiff, Reuschestr. Nir. 58.

Die erwartete Sendung von

frischen fließenden astrachaner Caviar

ist eingetroffen und offeriren davon möglichst billig
Lehmann und Lange, Ohlauerstraße Nr. 80.

Die rühmlichst bekannten

Faber-Bleistifte

empfiehlt in größter Auswahl die **Papier- und Schreibmaterialien-Handlung** von

F. Schröder,
Albrechtsstraße Nr. 37,
der königl. Bank schräg über.

Der Bockverkauf in der Gustauer Stammheerde beginnt von jetzt ab.

Puppenköpfe

von **Porzellan** empfiehlt in großer Auswahl **Rob. Ließ**, Albrechtsstraße 59 eine Treppe hoch, Schmiedebrücke-Ecke.

Diverse Rauchwaaren

sind zu verkaufen bei
J. H. Steinitz u. Komp.,
Friedrich-Wilhelms-Straße Nr. 1.

Schönes Akten-Makulatur
haben vorräthig und empfehlen den Centner mit 4 Rthlr.: **M. Rochefort u. Comp.**, Bischofs-Straße Nr. 3.



Eröffnung der Schlittschuhbahn

von der Schweidnitzer- bis zur Ohlauer-Brücke. Die Bahn befindet sich im besten Zustande und ladet zu zahlreichem Besuch ganz ergebenst ein; zugleich bemerke ich, daß ich Unterricht im Schlittschuhlaufen für Herren und Damen ertheile und auch Abonnements-Karten für den ganzen Winter gültig, ausgebe.

Knauth, Hallor und Schwimmmeister.

Schlittendecken,

veräußerlich Altbüßerstraße Nr. 11, im Hofe eine Treppe hoch.

Für Damen:

Pelzkragen und Muffe sind sehr billig zu haben: Nikolaistraße 45, zwei Treppen, der Barbara-Kirche schräge über.

Der ehrliche Finder eines Darlehn-Scheins von 50 Thlrn., den ein armer Mann am 3. d. von der Börse bis Blücherplatz Nr. 8 verloren, wird ersucht, denselben daselbst bei Herrn Froböß abzugeben.

☞ Die alte so berühmte **Frost-Salbe**, welche von den berühmtesten Aerzten geprüft und anerkannt worden ist, und jeden Frost, er mag noch so alt sein wie er will, gänzlich herauszieht, so daß derselbe nie wieder kommt, ist nur einzig und allein bei uns à Kr. 7 1/2 bis 30 Sgr. zu haben. Briefe und Gelder franco.

☞ Preußische Dinten-Fabrik in Berlin, Taubenstraße Nr. 27. ☜

Eine geübte Schneiderin, welche eine Reihe von Jahren beim Schneider so wie für Herrschaften gearbeitet, sucht ferner Beschäftigung in herrschaftlichen Häusern. Näheres Bischofs-Straße Nr. 3, drei Stiegen.

Züchenleinwand,

den vollständigen Bezug von 1 Rtlr. 5 Sgr. an, verkauft unter Garantie der Echtheit die Leinwand- und Schnittwaaren-Handlung

Metzenberg u. Jarecki,
Kupferschmiedestraße 41, zur Stadt Warschau.

Wirklicher Ausverkauf.

Gute Tabakspfeifen, Meerschaum- und gemalte Köpfe, Dosen, Stöcke und vielerlei Sachen zu Geschenken verkauft billig: **E. F. Dreßler**, Riemerzeile Nr. 14, im Durchgange.

Diejenigen, welche geneigt sind, den **Absatz** eines **Artikels** zu übernehmen, der einen **effektiven Gewinn von 25%** für sie abwirft, wollen ihre Adresse, mit F. M. bezeichnet, in der Handlung Stockgasse Nr. 28 in Breslau zur Weiterbeförderung franco abgeben.

Zu verkaufen ist ein 2spänniger grüner Schlitten, 1 Paar gelblederne Schellengeläute Schweidnitzerstraße 16 bei G. Hippe.

Schafvieh-Verkauf.

Durch glückliche Nachzucht eines rein erhaltenen, vollkommen gesunden Stammes von Mutterschafen aus der rühmlich bekannten Heerde in Würchenblatt, bin ich im Stande gegen 20 Stück zweijährige Böcke abzulassen. Auch stehen 250 Stück Mutterschafe aus meiner Heerde, zur Zucht, gleich nach der Schur, zum Verkauf, welche bis dahin in der Wolle besehen werden können. Kauflustige wollen sich an mich, oder bei Abwesenheit an meinen Beamten Hersel wenden.

Mondschütz b. Wohlau im Dez. 1849.
v. Köckritz.

Zu vermiethen

und Termin Ostern zu beziehen ist Goldene-Rade-Gasse Nr. 15 der 2te Stock, bestehend in großem verschlossenen Entree, 6 Stuben, heller Küche, Altane, Keller und Bodengelaß, Alles im besten Zustande. Näheres beim Wirth im ersten Stock.

Herrenstraße Nr. 24, im dritten Stock ist eine freundliche Wohnung zu vermiethen.

König's Hôtel garni,
Albrechtsstraße 33, neben der Regierung, empfiehlt sich einem geehrten reisenden Publikum zur geneigten Beachtung.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.
Prälat Graf von Lichnowski aus Wien. Gutsbesitzer von Reuter aus Oberschlesien. Gutsbesitzer von Elsen aus Reichenberg. Dr. Kleß aus Berlin. Partikulier von Budberg aus Dresden kommend. Partikulier Sczerebick aus Pesth. Offizier Graf von Walberg aus Oesterreich. Oberförster Böhm aus Havelberg. Inspektor Hardenberg aus Löwenberg.

6. u. 7. Dez.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27″9,83‴	27″9,76‴	27″9,53‴
Thermometer	— 6,2	— 8,0	— 3,7
Windrichtung	O	O	NO
Luftkreis	heiter	heiter	Schleiergew.

Auktion in Breslau.

Den 8. Dezbr., Nachmittag 2 Uhr, Breitestr. 42, Fortsetzung der Auktion von Schnittwaaren, Pelzen 2c.

Börsenberichte.

Paris, 4. Dezember. 3% 57. 50. 5% 90. 60.

Berlin, 6. Dezember. Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindner 3 1/2% 95 1/4 bez. Krakau-Oberschlesische 4% 70 bez. und Br., Prior. 4% 85 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 49, 48 3/4 à 49 1/4 bez. Niederschlesisch-Märkische 3 1/2% 84 1/4 à 84 bez., Prior. 4% 94 bez., prior. 5% 103 5/8 Gl., Ser. III. 5% 102 1/4 Gl. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 29 Br., prior. 5% 88 Gl. Oberschlesische Litt. A. 3 1/2% 109 bez. und Gl., Litt. B. 106 3/4 Gl. — Geld- und Fonds-Course: Freiwillige Staats-Anleihe 5% 106 7/8 à 107 bez. Staats-Schuld-Scheine 3 1/2% 89 1/4 bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 101 1/2 Br. Posener Pfandbriefe 4% 100 Gl., 3 1/2% 91 1/6 Br. Preußische Bank-Antheile 93 1/2 bez. und Br. Polnische Pfandbriefe alte 4% 96 1/2 bez. und Br., neue 4% 95 1/2 bez. und Br. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 80 bez. und Gl., à 300 Fl. 113 Gl.

Bei sehr fester Stimmung waren die Kourse im Allgemeinen gut preishaltend, Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Aktien vorzugsweise zu merklich höheren Preisen vielseitig gefragt.

Breslau, 7. Dezember. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 95 1/2 Gl. Kaiserliche Dukaten 95 1/2 Gl. Friedrichsd'or 113 1/2 Br. Louisd'or 112 5/12 Br. Polnisches Courant 96 1/3 Br. Oesterreichische Banknoten 92 1/3 Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 102 Br. Freiwillige Preußische Anleihe 107 1/4 Br. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rthlr. 3 1/2% 89 1/2 Br. Breslauer Stadt-Obligationen 3 1/2% 97 1/4 Gl. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 100 1/4 Gl., neue 3 1/2% 91 1/2 Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. 3 1/2% 95 1/3 Br., Litt. B. 4% 99 2/3 Gl., 3 1/2% 93 Gl. Alte poln. Pfandbriefe 4% 96 1/6 Gl., neue 95 1/6 Gl. Polnische Schatz-Obligationen — — — Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. 81 Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 80 1/4 Br., Priorität 4% — — Oberschlesische Litt. A. 109 1/2 Br., Litt. B. 107 Br. Krakau-Oberschlesische 70 1/4 Br. Niederschlesisch-Märkische 84 3/4 Br., Priorität 5% 103 Gld., Serie III. 102 Gld. Neisse-Brieger — — — Köln-Mindener 95 1/4 Br., Priorität 103 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 49 Br.

Getreide-, Oel- und Zink-Preise in Breslau, den 7. Dezember.

Weizen, weißer 53, 48, 42 Sgr.; gelber 50, 44, 38 Sgr. Roggen 28, 26 1/2, 25 Sgr. Gerste 24, 22, 20 Sgr. Hafer 18, 17, 16 Sgr. Rother Kleesaamen 10 bis 15 Thlr.; weißer 6 bis 14 1/2 Thlr. Spiritus 6 Thlr. Gld. Rohes Rüböl 14 5/6 Thlr. Br. Zink loco 4 Thlr. 22 Sgr. Gl. Rapps 111, 108, 106 Sgr. Rübsen 91, 88, 84 Sgr.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.